



akzente

BERUFLICHE BILDUNG IN BAYERN

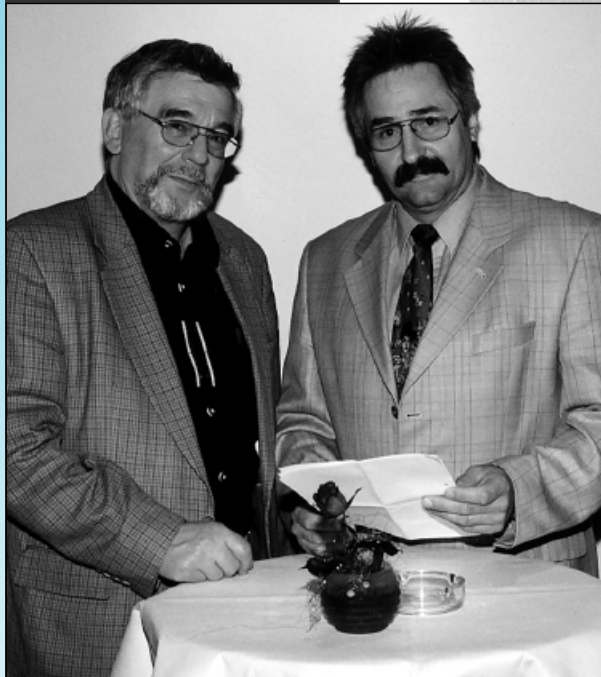
Unsere Themen

- Frontalangriff auf das Berufsprinzip
- Parlamentarische Abende mit den beiden großen Landtagsfraktionen
- Arge-Alp-Tagung 2001 in der Schweiz
- 21. Deutscher Berufsschultag in Freiburg
- Lehrer-Burn-out nimmt zu
- Studententagung des VLB in Hohenkammer
- Kooperationsprojekt Universität - Berufsschule
- Handlungsorientiertes Lernen und Multimedia im Unterricht
- Tag der Bayerischen Wirtschaftsschule 2001
- Fachtagung zum Thema IT-Berufe



MD Erhard beim Tag der Bayerischen Wirtschaftsschule:

„Schulqualität durch Schulentwicklung verbessern“.



HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43
Internet: <http://www.vlb-bayern.de>
e-mail: VLBBayern@aol.com

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (0931) 70 76 91
Telefax: (0931) 70 76 91 und 795 31 13
e-mail: p.thiel@freenet.de

Martin Ruf

Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (0931) 66 14 15
Telefax: (0931) 66 07 291
e-mail: mruf97@aol.com

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70
Telefax: (089) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Lattke und Lattke GmbH
www.lattkeundlattke.de
Telefon: (0931) 6 60 66-0
Telefax: (0931) 6 60 66-90

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (0911) 9 54 78-0
Telefax: (0911) 5 42 486

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 50,- DM zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
decken sich nicht unbedingt mit der
Meinung der Redaktion.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 07/01: 18. 06. 01
für Heft 08-09/01: 09. 07. 01
für Heft 10/01: 10. 09. 01

ISSN 0942 – 6930

ZHALT:

THEMA DES TAGES

- 3 Peter Thiel: Fürs Silber entschieden

BILDUNGSPOLITIK

- 4 Alexander Liebel: Frontalangriff aus das Berufsprinzip
7 Peter Thiel: Parlamentarische Abende mit SPD und CDU
11 Dietmar Leischner: Arge Alp Berufsbildung 2001
13 21. Deutscher Berufsschultag in Freiburg
15 Hans Maier – Begründer moderner beruflicher Bildung

DIE LEHRERSEITE

- 16 dpa-Kulturdienst: Stress im Klassenzimmer wirft zunehmend Lehrer
aus der Bahn
17 Schulwirklichkeit und Wissenschaft – Kongress in Würzburg

LEHRERBILDUNG

- 18 K. Schwarz/K. Sollmann: Studententagung in Hohenkammer

VLB-INITIATIVEN

- 19 Schriftverkehr des VLB mit dem Kultusministerium

PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 21 B. Brouer/J. Seifried/Prof. Dr. D. Sembill: Selbstorganisiertes Lernen
im Rechnungswesenunterricht
23 A. Riedl/M. Vögele: Handlungsorientiertes Lernen und Multimedia
im Unterricht

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Landesverband:

- 27 S. Moldenhauer/B. Zeller: Bayerischer Wirtschaftsschultag 2001
29 H. Pohlmann: Fachtagung zum Thema IT-Berufe
31 **Aus den Bezirks- und Kreisverbänden**
35 **Aus Referaten und Fachgruppen**
37 **Senioren:** Versorgungsrücklage
38 **Personalien**

UMSCHAU

- 38 **Leser schreiben:** Reinhard Kufner zur Fachlehrerausbildung
40 **Letzte Seite:** Josef Eisele: Schulsplitter

VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNGEN

- 17 Schulwirklichkeit und Wissenschaft – Kongress in Würzburg
17 VLB-Studienfahrt nach Straßburg und Luxemburg
24 Material- und Ideenbörse – Schüleraktiver Unterricht an beruflichen Schulen
26 ALP Dillingen: Festival der Sprachen
38 Fachmesse 'ELTEC' – Tag der Partner in der dualen Ausbildung

Titelfotos: Martin Ruf, Peter Thiel

Ein Fall von grundsätzlicher Bedeutung:

Fürs Silber entschieden

PETER THIEL

Die Schule als Fußballstreifer der Nation, der Lehrer als Watschenmann, das Berufsbild im Keller. Wer von den jungen Leuten reißt sich da noch um den Lehrerberuf? Langsam ist man geneigt, sich an die Dauerschelte zu gewöhnen, sich ein dickes Fell zuzulegen, doch das ist nicht gut. Deshalb ran an die Feder und Paroli geboten. „Reden ist Silber“, sagt der Volksmund und „Schweigen ist Gold“. Wir entscheiden uns diesmal fürs Silber. Hier unser aktueller Anlass:

Unter der Überschrift „Neue Medien – alte Lehrer“ erschien in einem bayerischen Regionalblatt ein Beitrag, der sich mit dem Ausbildungsberuf „Mediengestalter“ beschäftigte. Geschildert wurden die Ausbildungserfahrungen einer 20-jährigen Abiturientin, wobei auch der Ausbilder zitiert wird. Während die betriebliche Seite (verständlicherweise) tabu bleibt, bekommt die Berufsschule ihr Fett ab und zwar knüppeldick und in besonders destruktiver Weise, was bereits aus der Headline ersichtlich ist.

„Probleme sehen sie“, schreibt das Blatt und meint die Schülerin und den Ausbilder, „bei der Berufsschule. Das Blockunterrichts-System sei für die Einbindung in Projekte nicht unbedingt förderlich. Hauptkritikpunkte sind aber mangelnde Soft- und Hardware-Ausstattung sowie die Überalterung der Lehrkräfte. Der Ausbildungsbetrieb arbeitet beispielsweise wie die meisten Design- und Multimedia-Firmen mit Apple-Rechnern und dem Betriebssystem MacOS. In der Berufsschule, einem der hochgelobten Kompetenzzentren, wird aber weiter auf Windows-Rechnern unterrichtet. Das Thema Webdesign wird nur grob behandelt, weil den meisten Lehrern auf diesem Gebiet selbst die Kenntnis fehlt, sagt Sabine. Ihr

Ausbilder bringt es auf den Punkt: Neue Medien – alte Lehrer“.

Zunächst gilt es, den fachlichen Aspekt dieser Attacke zurecht zu rücken und da gibt es etliches zu sagen: Der Schulträger hat gerade im Medienbereich in der letzten Zeit besonders mutig investiert und damit allseits Anerkennung geerntet. Dennoch ist richtig, dass die Schule nicht in allen Fällen mit den neuesten Software-Versionen arbeitet. Doch Version hin, Version her – die Stammfunktionen bleiben. Jeder Didaktiker weiß, dass ausbildungsrelevante Lernziele ebenso mit der vorletzten statt der aktuellsten Software erreicht werden können. Schließlich geht es auch um einen verantwortungsbewussten Umgang mit Investitionsmitteln, das sollte einem betrieblichen Ausbilder eigentlich einleuchten.

Die Fachwelt ist sich einig, dass das Betriebssystem nicht der alles entscheidende Qualitätsfaktor beim Umgang mit digitalen Daten ist. Die Möglichkeiten der Macintosh-Rechner sollen freilich nicht geleugnet werden. Mehr als 95 % der Anwender aber nutzen das Internet über Windows. Die Printbetriebe suchen schon deshalb i.d.R. die Anbindung an dieses System. Wo also liegt – im Hinblick auf die Ausbildung gefragt – da der Pferdefuß? Darüber hinaus gilt auch hier der fiskalische Aspekt: Windows ermöglicht zum halben Preis die gleiche Leistung. Angesichts der Löcher in den öffentlichen Haushalten ist dies ein schlüssiges Entscheidungskriterium, für das auch eine Auszubildende sensibilisiert werden sollte.

Und schließlich noch zwei eher delikate Fragen: Wann beginnt Alter? Und was sind, bitte schön, alte Lehrer? Ein Blick auf das in der betreffenden Fachklasse unterrichtende Lehrerteam ergibt nach unseren

Recherchen folgendes Bild: Die Klassenlehrerin ist etwas über dreißig, alle anderen Lehrkräfte sind um die vierzig, maximal fünfundvierzig. Eine geradezu junge Truppe also, wenn man den üblichen Altersdurchschnitt von Lehrerkollegien zu Grunde legt. Somit ist allerdings nur vordergründig ein falsches Bild zurechtgerückt. Hat Alter überhaupt etwas mit Fach- und Medienkompetenz zu tun? Vermutlich doch nur in der Vorstellung des Ausbilders. Was bleibt, ist jedenfalls ein fader Beigeschmack darüber, wie flott dieser mit dem „Alter“ umgeht.

Über den Zeitungsbeitrag kann man, wie über alles im Leben, unterschiedlicher Meinung sein. Man kann ihn relativieren, ihn als Torheit und Ausfluss naiven Geistes abtun. Man kann ihn psychologisch analysieren, ihn für replikunwürdig beiseite legen. Man kann ihn aber auch – wie geschehen – öffentlichkeitswirksam richtig stellen.

Bei aller Bereitschaft zu Nachsicht und Großmut: Angesichts solcher Entgleisungen sind Zweifel am dualen System und der Lernortkooperation nur zu verständlich. Was, wenn wir den Spieß umdrehen? Wenn die beruflichen Schulen mit betrieblichen Ausbildungsdefiziten, die sie immer wieder ausbügeln müssen, in dieser Form an die Öffentlichkeit gingen? Wir halten das für wenig sinnvoll, deshalb lassen wir die Finger davon.

Wie immer: Im Sinne der eingangs zitierten Volksweisheit, hätte sich der Ausbilder besser fürs Gold entschieden. Dem hurtigen „Schreiberling“ aber empfehlen wir, sich seine Gesprächspartner künftig besser anzusehen, vor allem aber entsprechend zu recherchieren. Ein Anruf bei der Schule wäre das Mindeste gewesen. Als vierte Gewalt im Staate trägt der Journalismus ein hohes Maß an Verantwortung und macht nicht vordergründig-populistisch Stimmung gegen Schule und Lehrer, nur weils gerade „in“ ist. Immerhin erschien der Artikel unter der Rubrik „Jugend“.

„100 Ausbildungsberufe, die es geben könnte“:

Frontalangriff auf das Berufsprinzip



ALEXANDER LIEBEL

Der Erhalt des Berufsprinzips ist für den VLB einer der wesentlichen bildungspolitischen Grundsätze. Aus guten Gründen setzen wir uns seit Jahren dafür ein, die Berufsausbildung auf wenige Berufe zu konzentrieren. Nicht nur nach unserer Meinung führt eine „Atomisierung der Ausbildungsberufe“ in eine Sackgasse und zwar für die Auszubildenden ebenso wie für die Ausbildungsbetriebe.

Initiative der Handelskammer Hamburg

Die Handelskammer Hamburg startet unter dem Slogan „100 Ausbildungsberufe die es bislang noch nicht gibt – aber geben könnte“ einen Frontalangriff auf das Berufsprinzip, auch wenn sie fordert, „auf die Wahrung der Beruflichkeit ist dabei zu achten“.

Die Kammerbroschüre, im Februar 2001 in zweiter Auflage erschienen, formuliert folgende zwei Problemfelder der dualen Berufsausbildung:

1. Die Entwicklung neuer Berufe hält noch immer nicht Schritt mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Dynamik des Arbeitsmarktes.
2. Viele junge Menschen schaffen nicht den Einstieg in die duale Berufsausbildung obwohl freie Lehrstellen vorhanden sind.

Warum viele Unternehmer – aus Hamburger Sicht – nicht ausbilden können

Im Jahr 1999 befragte die Handelskammer Hamburg Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen nach Gründen, warum sie nicht ausbilden.

Nach den vorgelegten Ergebnissen behaupteten 94 % der befragten Unternehmen, es sei „kein passendes Berufsbild für ihr Unternehmen vorhanden“. Dies bedeutet, die meisten Unternehmen können mit den bestehenden Berufsbildern aus ihrer betriebsspezifischen Sicht nichts anfangen. Sie interpretieren die vorhandenen Berufsbilder offensichtlich als Hemmschuh für die Ausbildungsbereitschaft.

Nach Angaben der Kammer Hamburg sind 90 % ihrer Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen Kleinbetriebe mit bis zu sechs Mitarbeitern, 99 % beschäftigen weniger als 100 Mitarbeiter. Diese Klein- und Mittelbetriebe sind sehr häufig spezialisiert, sie führen kleine Arbeitsschritte oder spezielle Dienstleistungen in hoher Güte aus. Darauf sind die jetzigen Berufsbilder „nicht ausgerichtet, weil sie zu komplexe Tätigkeitsfelder abdecken“.

Nach Einschätzung der Hanseaten wird sich dieser Trend vor allem in den Dienstleistungsberufen künftig noch fortsetzen, weil immer mehr Firmen gegründet werden, die sich auf eine enge Angebotspalette konzentrieren und gerade dafür schnell qualifizierte Mitarbeiter benötigen.

„Schlanke Berufe für schwache Schüler“

Neben – angeblich – völlig realitätsfernen Berufsbildern sind nach Meinung der Autoren viele Jugendliche mit den derzeitigen Berufsbildern zunehmend überfordert, weil diese überladen sind, auch mit Anforderun-

gen im Theoriebereich. Es sei ein falscher Ansatz, für schwächere Schulabgänger „ständig neue Modelle zu entwickeln“, um sie an die duale Berufsausbildung heranzuführen. Vielmehr müsse man „schlanke Berufe mit einfachen Anforderungsprofilen entwickeln und verabschieden“. Der Vorwurf wird gegenüber den Sozialpartnern erhoben. „Sie haben es in der Hand, dafür Sorge zu tragen, dass es die dringend erforderlichen schlanken Berufsbilder gibt und dass die damit zu erledigende Arbeit auch bezahlbar ist“.

Hamburger Vorschlag: Ausbildung light

In der Verbundausbildung (mehrere Betriebe bilden gemeinsam aus) sehen die Hamburger keine Alternative, mit der man wirkliche Fortschritte erzielen kann. Sie wird allenfalls als ergänzende Möglichkeit akzeptiert.

Die zentralen Aussagen der Handelskammer Hamburg lauten: „Wir fordern die Entwicklung schlanker und flexibler Berufsbilder, die alle Hilfs- und Fördermodelle für Jugendliche überflüssig machen. Neue Berufe müssen den betrieblichen Gegebenheiten und den Ausgangslagen der Jugendlichen gleichermaßen gerecht werden. Wir möchten, dass jedes Unternehmen ausbilden darf und jeder Schulabgänger einen Beruf erlernen kann“.

100 neue „Ausbildungsberufe“ – ist das der Fortschritt?

Die gesteckten Ziele sollen verwirklicht werden, indem 100 neue „Ausbildungsberufe“ geschaffen werden, und zwar sowohl so genannte einjährige Einsteiger-Berufe, als auch „Berufe mit umfassenderen Inhalten“.

Zur Veranschaulichung und Beurteilung der Vorschläge werden im Anhang einer der geplanten Einsteiger-Berufe und einer der dreijährigen Berufe ausführlich dargestellt. Die Leserinnen und Leser können sich so selbst ein Urteil bilden, wie sie die Initiative der Handelskammer Hamburg beurteilen. Die Position des VLB ist klar.

VLB lehnt das Konzept strikt ab

Auch wenn die Hamburger in ihrer Broschüre schreiben, „...auf die Wahrung der Beruflichkeit ist zu achten“, soll in Wirklichkeit mit dem Vorschlag das Berufsprinzip abgeschafft zumindest aber aufgeweicht werden.

Die vom VLB strikt abgelehnte „Atomisierung der Berufsbilder“ wird geradezu auf die Spitze getrieben. Zwei „Ausbildungsberufe“ sollen dafür als Beleg genannt werden. Zum Beispiel soll es einen/eine Verleihkaufmann / Verleihkauffrau geben, der/die nochmals unterteilt wird in die Warengruppen Fahrzeuge, Gastronomiebedarf, Medien und Textilien. Noch variantenreicher wird der dreijährige „Ausbildungsberuf“ Nationalitätenkoch/Nationalitätenköchin ausgestaltet. Er wird in 18(!) unterschiedlichen Fachrichtungen angeboten, von Amerikanisch bis Türkisch.

Das hanseatische Konzept ist kein Fortschritt, sondern in Wirklichkeit ein absoluter Rückschritt. Damit können junge Menschen eben ge-

rade nicht zukunftsorientiert auf eine sich ändernde Arbeitswelt vorbereitet werden. Die „Tätigkeitsbilder“ zielen nicht auf einen Beruf ab, sondern sind ausgerichtet auf eine möglichst schnelle betriebspezifische Verwertbarkeit. Letztlich schadet dieses Modell den jungen Menschen und den Betrieben.

Die Berufsschule spielt bei den Hamburgern nur eine völlig unbedeutende Nebenrolle, von einer dualkooperativen Berufsausbildung kann überhaupt keine Rede sein. „Die Berufsschule soll an einem Tag pro Woche stattfinden“ – das war’s dann. Diese Aussage fügt sich nahtlos in das Gesamtkonzept. In der Tat ist es kaum vorstellbar, wie Berufsschulen die geforderten Differenzierungen unterrichtlich umsetzen sollen. Vielleicht will man „beweisen“, die Berufsschule braucht man nicht, weil sie eh nicht in der Lage ist, den eigenen Wunschvorstellungen zu entsprechen.

Die Vorstellungen des VLB

Die Vorstellung, sein gesamtes Ar-

beitsleben in einem Beruf verbringen zu können, ist weitgehend überholt. Man wird fähig sein müssen, sich innerhalb kurzer Zeit auf immer wieder neue Anforderungen einstellen zu können. Dies verlangt insbesondere in der Erstausbildung nach einem breiten und soliden Fundament. Je spezieller die Erstausbildung gestaltet wird, desto weniger wird man den Ansprüchen einer sinnvollen Berufsausbildung gerecht.

Dem Modell der Handelskammer Hamburg stellt der VLB seine Forderungen entgegen:

- Konzentration der Berufsausbildung auf weniger Ausbildungsberufe.
- Anpassung der Ausbildungsstruktur und der damit verbundenen Unterrichtsanteile im dualkooperativen System an die gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Entwicklung.
- Rasche Überarbeitung und Neuschneidung von Berufsfeldern und Berufsprofilen im Hinblick auf die aktuelle Berufs- und Arbeitswelt.
- Förderung von „unternehmeri-

Beispiel 1

Berufsbezeichnung	Garderobier/Garderobiere (Einsteigerberuf)
Branche	Dienstleistungen
Tätigkeitsfeld	Der Garderobier/die Garderobiere ist in Theatern, bei Messen, Ausstellungen und Konzerten sowie an anderen stark frequentierten Veranstaltungsorten tätig. Der Garderobier/die Garderobiere nimmt Kleidungsstücke von Gästen und Besuchern entgegen. Ist die Abgabe von Kleidungsstücken und Taschen kostenpflichtig, übernimmt der Garderobier/die Garderobiere auch das Kassieren. Darüber hinaus steht er/sie für Fragen der Besucher zur Verfügung. Er/sie ist zudem in der Lage, ausländische Gäste in englischer Sprache zu begrüßen und ihnen den Garderoben-Service anzubieten.
Kenntnisse/Fertigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Organisatorische Fähigkeiten • Umgangsformen • Kenntnisse der räumlichen Gegebenheiten • Elementare Englischkenntnisse
Ausbildungsdauer	1,5 Jahre, kann bei vorliegenden Englischkenntnissen auf ein Jahr verkürzt werden.
Hinweise	Nach dem Abschluss kann die Ausbildung fortgesetzt werden und zu einem Abschluss in einem dreijährigen Beruf führen. Bereits erworbene Fertigkeiten und Kenntnisse können auf die Ausbildungsdauer angerechnet werden.

Beispiel 2

Berufsbezeichnung	Musik-Kaufmann/ Musik-Kauffrau*
Branche	Einzel- und Großhandel
Tätigkeitsfeld	Der Musik-Kaufmann/die Musik-Kauffrau ist in Unternehmen des Einzel- und des Großhandels mit Tonträgern zuständig. Im Bereich Vertrieb ist der Musik-Kaufmann/die Musik-Kauffrau verantwortlich für die Promotion-Koordination bei Neuerscheinungen. Er/sie ist dabei vertraut mit den modernen Instrumentarien des Marketing. Des Weiteren entscheidet er/sie über die Erweiterung des Warensortiments um Zubehör wie beispielsweise Schutzhüllen, Archivsysteme und Pflege- und Reinigungsmittel. Er/sie kalkuliert darüber hinaus auch die Verkaufspreise der anzubietenen Ton- und Bildträger sowie des Zubehörs. Das Einsatzgebiet des Musik-Kaufmanns/der Musik-Kauffrau ist spartenunabhängig. Er/sie ist in der Lage, sowohl im Bereich Pop/Rock als auch Klassik wie auch in allen weiteren musikmarktlichen Untergliederungen kaufmännisch zu arbeiten.
Kenntnisse/Fertigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Einkauf • Verkauf • Warenwirtschaft • Marketing, Promotion • Rechnungswesen • Urheberrechtliche Bestimmungen
Ausbildungsdauer	3 Jahre

* Darüber hinaus sollen noch weitere 17(!) kaufmännische Ausbildungsberufe mit 3jähriger Ausbildungszeit kreiert werden!

- schem Denken“ im Sinne der Bereitschaft zu eigenverantwortlichem Handeln.
- Lehrpläne, die in ein für alle verpflichtendes Grundwissen und ein Zusatzangebot für leistungsstarke Schüler und Schülerinnen aufgeteilt sind.
 - Verstärkte Vermittlung von Schlüsselqualifikationen.
 - Zusätzlicher Förderunterricht für leistungsschwache Schüler und Schülerinnen.

- Aufbau einer sozialpädagogischen Betreuung für sozial schwierige Schüler/Schülerinnen.
- Flexibilisierung und Dynamisierung der dual-kooperativen Ausbildung durch eine Strukturierung der Studentafel in Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlanteile.
- Die konsequente inhaltliche und organisatorische Verzahnung von Erstausbildung und Weiterbildung.

Nicht eine „Ausbildung light“ ist der erfolgversprechende Ansatz in der Berufsausbildung, sondern die konsequente Forderung und Förderung der jungen Menschen.

Die Broschüre der Handelskammer Hamburg „100 Ausbildungsberufe, die es bislang nicht gibt – aber geben könnte“ kann man unter der Tel.-Nr. 040/36138-138 anfordern.

Die Internetadresse lautet:
www.hamburg.handelskammer.de

Bitte beachten Sie unseren Beileger zur Haftpflichtversicherung

Aus dem Inhalt:

- Eigengenutztes Zweifamilienhaus jetzt mitversichert
- Fax-Vordruck vereinfacht Schadensmeldung
- Überblick über mitversicherte Kinder

Wenden Sie sich bei Fragen an die Geschäftsstelle oder den VLB-Versicherungsbeauftragten.

Parlamentarische Abende mit den beiden großen Landtagsfraktionen:

Die aktuellen Anliegen erfolgreich rübergebracht

PETER THIEL

Sofern die Atmosphäre bei parlamentarischen Abenden ein Indiz für Erfolg ist, hat der VLB gute Karten. Die beiden jüngsten Veranstaltungen dieser Art Anfang Mai jedenfalls verliefen jeweils in einem offenen und freundlichen Klima und belegten, dass das Verhältnis des VLB zu den Landtagsfraktionen unverkrampft und von Vertrauen getragen ist.

Die Tischvorlage wies – mit geringfügigen Unterschieden – an beiden Abenden die gleichen Themen aus. Freilich wurden die VLB-Anliegen von Regierungs- und großer Oppositionsfraktion z.T. recht unterschiedlich bewertet, das liegt in der Natur der Sache.

Der Lehrermangel

„Bei der Versorgung der beruflichen Schulen mit Lehrpersonal zeichnet sich ein Debakel ab“, erklärte VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein zu Beginn beider Gesprächsrunden. Bereits im laufenden Schuljahr entfallen an der Berufsschule knapp 4,8 % des Pflichtunterrichts. Regional gesehen erreiche dieser Ausfall Spitzen bis zu 8 %. „Stark betroffen davon ist auch der fachliche Unterricht, was insbesondere die Berufsverbände auf die Barrikaden bringt“, erklärte Sauerwein. In Oberbayern beispielsweise führe das Gesamtdefizit an Lehrern dazu, dass im Schnitt an jeder Berufsschule zwei Lehrkräfte fehlen.

Für die Schulen der beruflichen Oberstufe wurde für das laufende Jahr eine „Deckelung“ von 10,2 % der Unterrichtszeit verfügt. Die kürzlich wiederum zur Verfügung gestellten Mittel für 100 zusätzliche Lehrer (+ 20 zusätzliche Stellen) erwiesen sich angesichts der Entwicklung an den genannten Schulen dennoch als der vielzitierte Tropfen auf den heißen Stein. Freilich habe die notenbedingte Eingangsbeschränkung an

der FOS zu einer gewissen Schülerminderung geführt. Dafür aber sei der Ansturm auf die BOS ungebrochen.

„Um der Gleichwertigkeit der Bildungsgänge gerecht zu werden, muss der Freistaat weitere Mittel für Planstellen zur Verfügung stellen“, forderte der Landesvorsitzende. Knapp 240 junge Lehrkräfte kommen heuer von der Hochschule. Ein Teil davon werde lukrativen Angeboten aus der Wirtschaft folgen und den Schuldienst nicht antreten. Allein für FOS und BOS und ohne Berücksichtigung der Berufsschule werde der Lehrbedarf für das nächste Schuljahr mit rund 150 beziffert.

Nachwuchsgewinnung

Ebenso besorgniserregend wie die Lehrerversorgung ganz allgemein, sei die Anzahl der Studenten des beruflichen Lehramts an der TU München, erklärte Landesvorsitzender Sauerwein. Der Fachbereich Elektrotechnik beispielsweise verzeichnete im Wintersemester 2000/2001 bei einem geschätzten Bedarf von 70 gerade mal 9 Studienanfänger. In der Metalltechnik stelle sich die Relation mit 100 zu 12 noch ungünstiger dar. Was also tun gegen den Nachwuchsmangel? Der VLB schlägt dazu folgende Maßnahmen vor:

- Einrichtung der Studienmöglichkeiten in Nordbayern für die neuen Ausbildungsrichtungen Informationstechnik und Metalltechnik/Mechatronik, wenn möglich an der Universität Nürnberg/Erlangen; ferner Ergänzung des Studienganges Wirtschaftspädagogik um den Bereich Wirtschaftsinformatik an der Universität Bamberg.
- Verbesserung und fachliche Aktualisierung des Studienangebots an der TU München. Dies gilt insbesondere für die von der Auszehrung betroffenen Ausbildungsrichtungen Elektro- und Maschinenbautechnik.

- Sofortige Wiederbesetzung der verwaisten Lehrstühle für Wirtschaftspädagogik an der Ludwig-Maximilian-Universität München und an der Universität Nürnberg/Erlangen.

- Konzertierte Imagekampagne für den Lehrerberuf und verstärkte Werbung für das Lehramt an beruflichen Schulen. Die Politik muss ganz deutlich machen, dass sie ohne Wenn und Aber „hinter dem Lehrer“ steht.

- Als Übergangslösung akzeptiert der VLB – wenn auch zähneknirschend – die Einführung von Sondermaßnahmen. Diese sollen FH-Absolventen bei hoher Anrechnung des Fachlichen den Einstieg in das Lehramtsstudium ermöglichen. Darüber hinaus erhalten an der Uni ausgebildete Diplomingenieure die Möglichkeit, bei angemessener Vergütung in den Vorbereitungsdienst aufgenommen zu werden.

- Die wohl entscheidendsten Aspekte bei der Nachwuchswerbung sind die Anwärterbezüge. Der VLB betrachtet die miserable Vergütung während des Vorbereitungsdienstes als Ursache dafür, dass ein Teil der Studienabsolventen den Angeboten der Wirtschaft folgt. Zahlen sprechen da eine klare Sprache: Ein verheirateter Studienreferendar erhält derzeit 1830,- DM monatlich. Rein netto liegt er damit etwa 300,- DM unter dem gegenwärtig gültigen Sozialhilfesatz. Zur Verbesserung der Lage schlägt der VLB vor, den Referendaren von Anfang an einen Lehrauftrag zu erteilen. Der eigenständige Unterricht im ersten und zweiten Jahr des Vorbereitungsdienstes wird auf 4 Wochenstunden festgelegt. Der darüber hinaus erteilte Unterrichtsauftrag beträgt im ersten Jahr des Vorbereitungsdienstes 8 und im zweiten Jahr bis zu 12 Wochenstunden. Das begleitende Studienseminar muss entsprechend modifiziert werden. Daraus ergeben sich folgende Vorteile:

- Die Studienreferendare erbringen sofort eine Unterrichtsleistung und

Mit den Landtagsfraktionen von SPD ...



MdL Karin Radermacher, stellvertretende Fraktionsvorsitzende: „Die jetzige Verschiebepaxis führt eher zu Sparzentren als zu Kompetenzzentren“. Rechts Parteichef Wolfgang Hoderlein.

MdL Erhard Irlinger, Vorsitzender des Landtagsausschusses „Bildung, Jugend, Sport“: „Kompetenzzentren müssen auf Veränderungen schnellstens reagieren können, sie haben eine Dienstleistungsfunktion“.

MdL Karin Pranghofer: „Die derzeitige Lösung lenkt nur die Schülerströme um. Das Thema wird im Wahlkampf eine Rolle spielen“. Links Dorothea Helbig (VLB).



MdL Dietmar Franzke: „In Sachen Lehrer-Burn-out endlich konkret Hilfestellung geben. Der Dienstherr kommt hier seiner Fürsorgepflicht nicht nach“.

VLB-Landesvorsitzender Sauerwein: „Beim Lehrernachwuchs über die Geldschiene handeln“. Rechts SPD-Vorsitzender Wolfgang Hoderlein.

MdL Udo Egleder: „Die bayerische Lösung bei der Vergabe der ZIBS-Mittel benachteiligt die finanzschwachen Schulträger“. Rechts VLB-Vize Armin Ulbrich.

MdL Gudrun Peters: „Die Anstellung junger Lehrkräfte kann nicht allein an die Noten gebunden sein“. Links MdL Johannes Strasser.



Von links MdL Armin Nentwig, MdL Dr. Hildegard Kronawitter, MdL Max Brandl, VLB-Vize Hans Käfler.

Alex Liebel: „Der Weglauffaktor beträgt bei den Junglehrern des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs um die 30%“. Links MdL Eberhard Irlinger.

MdL Friedrich Odenbach: „Man hat viel zu lange auf die Möglichkeit der Untertunnelung des Schülerbergs gebaut“.

... und CSU im Gespräch



MdL Christian Knauer: „Wir bestätigen die Zahlen zum Lehrerverfizienz und werden uns in der Fraktion der Sache nochmals annehmen, wenn die genauen Anmeldezahlen bei FOS/BOS vorliegen“. Links MdL Dr. Ingrid Fickler, stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion.

MdL Bernd Sibler: „Jeder Referendar hat das Problem von Theorie und Praxis, deshalb muss die Didaktik in der Ausbildung von der Praxis bestimmt sein“. Rechts MdL Eberhard Rotter.

MdL Franz Pschierer: „Das Thema Kompetenzzentren von den Sachargumenten her angehen“. Rechts MdL Siegfried Schneider.



VLB-Vize Hans Käfler und MdL Heinz Donhauser: „Den Eltern vor Augen führen, dass berufliche Bildung keine Sackgasse ist“.

Hansjörg Bosch (VLB): „An den FOS kommen die verschiedenen Lehrerguppen recht gut miteinander klar“.

MdL Heinrich Rudrof: „Die vertikale Gliederung von Kompetenzzentren wird in der Politik viel zu wenig diskutiert“. Rechts VLB-Vize Armin Ulbrich.

MdL Eduard Nöth: „Entscheidend ist, dass wir auf allen Ebenen engagierte Lehrer haben“.



MdL Georg Stahl: „Je weiter der Lehramtsstudent von zu Hause weg ist, desto weniger kommt er später der Heimatregion zu Gute“.

VLB-Dienstrechtsexperte Manfred Greubel: „Bei der Nachwuchsgewinnung nicht vom Diktat des Finanzministers leiten lassen, sondern von der Qualität“. Rechts MdL Georg Stahl.

VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein: „Mehr als 50% der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen sind ohne einen Abschluss für dieses Lehramt. Wir sind ganz und gar fremdbestimmt. Man schaue sich diesbezüglich mal bei anderen Schularten um“. Links MdL Dr. Ingrid Fickler, rechts MdL Christian Knauer.

erhalten dafür eine angemessene Vergütung.

- Das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen kann somit abgebaut werden.
- Die oft geforderte Unterrichtspraxis in der Ausbildung wird umfassend erworben.
- Die Maßnahme ist kostenneutral; die erbrachte Unterrichtsleistung müsste ohnehin finanziert werden.
- Die Ungleichbehandlung der grundständig ausgebildeten Lehrkräfte an beruflichen Schulen gegenüber den Seiteneinsteigern wird großenteils aufgehoben.

Die bundeseinheitlich geregelten Laufbahnbedingungen werden nicht angetastet; der Freistaat ist in der Ausgestaltung des Vorbereitungsdienstes weitestgehend selbstständig.

Fachlehrerausbildung

Ein weiterer Punkt der Tischvorlage war das Thema „Fachlehrerausbildung für den Bereich Hauswirtschaft an beruflichen Schulen“. Bekanntlich fordert der VLB, die Ausbildung dieser Lehrkräfte an die der gewerblichen Fachlehrer und der Fachlehrer für Schreibtechnik anzupassen. Eine solche Maßnahme ist auf Grund des im Februar gefassten Landtagsbeschlusses nötig, der die Änderung der Ausbildung für Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrer an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien nach sich zieht. Dem Institut für die Fachlehrerausbildung in Ansbach würde durch die vorgeschlagene Vorgehensweise eine dritte Fachrichtung angefügt.

Die richtige Vorstellung von Kompetenzzentren

Angesichts der Diskussion um den Strukturwandel beruflicher Schulen durfte das Thema „Kompetenzzentren“ nicht fehlen. Die Tischvorlage zitierte den Landtagsbeschluss vom 5. April 2001, der für Berufsschulen eine Organisationsreform vorsieht, machte aber gleichzeitig deutlich, dass der VLB die bisherigen „Reformschritte“ für nicht effizient hält.

Zum einen sind viele berufliche Schulen bereits Kompetenzzentren, und ein schlichtes Verschieben der Fachbereiche „von A nach B“ würde funktionierende Einheiten gefährden. Darüber hinaus wäre es falsch, sich bei der Reform auf die Berufsschulen zu beschränken. Eine nur horizontale Zusammenführung von „Masse“ bringt keine Qualität. Der VLB fordert eine vertikale Gliederung von beruflichen Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung. Dies bedeutet, dass die Schulen konsequent für die Erstausbildung und darüber hinaus für die Weiterbildung (in Fachschulen, Fachakademien, Fachoberschulen und Berufsoberschulen) ausgestattet sind. Damit könne einseitig eine hohe Synergie erreicht und andererseits ein kostspieliger Schülertourismus vermieden werden. „Anzustreben ist auch eine intensive Kooperation aller seriöser Bildungsträger der Region“, wurde festgestellt.

Gerechtigkeit bei der Vergabe der ZIBS-Mittel

Weil es unter den Nägeln brennt, konnte auch das Thema „ZIBS-Mittel“ (Zukunftsinvestitionsprogramm für berufliche Schulen) nicht fehlen. Die vom Freistaat geforderte Praxis der Kofinanzierung durch die Sachaufwandsträger führt vielerorts zu

Schwierigkeiten. Vom Grundsatz her kann man die Idee der Kofinanzierung ja unterstützen, meinte die VLB-Vertretung. In der Umsetzung aber müsse man der Situation vor Ort besser gerecht werden. Dort, wo der Sachaufwandsträger nicht in der Lage ist, die geforderten 60 % an Eigenmitteln aufzubringen, müssen die Schulen jedenfalls direkt an die vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder herankommen können, wie dies in anderen Bundesländern der Fall ist.

Für das Gespräch vorgesehen und auf der Tischvorlage ausgewiesen waren u. a. noch Aspekte der Schulentwicklung, der Dienstbeurteilung sowie der Lehrer-Arbeitsbelastung. Diese Bereiche konnten an beiden Veranstaltungen nicht als eigene Tagesordnungspunkte behandelt werden, denn auch parlamentarische Abende stoßen mit einem Zeitrahmen von zweieinhalb Stunden an ihre Grenzen. Immerhin aber flossen diese Themen punktuell in die Gespräche mit ein, fielen also nicht ganz unter den Tisch.

Mit großem Interesse und z. T. gediegener Detailkenntnis brachten die Mitglieder beider Landtagsfraktionen die Akzeptanz der beruflichen Bildung, der beruflichen Schulen und des VLB zum Ausdruck. Der Verband ist sicher, dass seine Anliegen „rüberkamen“ und sich bei den Parlamentariern in besten Händen befinden.

Teilnehmer am parlamentarischen Abend mit der SPD-Landtagsfraktion am 8. Mai 2001:

- Brandl, Max
- Egleder, Udo
- Franzke, Dietmar
- Fürst, Claudia
- Hoderlein, Wolfgang
- Irlinger, Eberhard
- Kronawitter, Dr. Hildegard
- Naaß, Christa
- Nentwig, Armin
- Odenbach, Friedrich
- Peters, Gudrun
- Pranghofer, Karin
- Radermacher, Karin
- Strasser, Johannes
- Voget, Anne

VLB-Vertreter:

- Helbig, Dorothea; Käfler, Hans;
- Liebel, Alexander; Mayr, Stefan;
- Sauerwein, Hermann;
- Thiel, Peter; Ulbrich, Armin

Teilnehmer am parlamentarischen Abend mit der CSU-Landtagsfraktion am 9. Mai 2001:

- Denneborg, German
- Donhauser, Heinz
- Fickler, Dr Ingrid
- Knauer, Christian
- Nöth, Eduard
- Pschierer, Franz
- Rotter, Eberhard
- Rudrof, Heinrich
- Schneider, Siegfried
- Sibler, Bernd
- Stahl, Georg

VLB-Vertreter:

- Bosch, Hansjörg; Greubel, Manfred;
- Heckner, Ingrid; Käfler, Hans;
- Mayr, Stefan; Sauerwein, Hermann;
- Thiel, Peter; Ulbrich, Armin;
- Waidhauser, Michael

Arge Alp Berufsbildung 2001 in der Schweiz:

Veränderungsprozesse dringend notwendig

DIETMAR LEISCHNER

Auf Einladung des Schweizerischen Verbandes für Berufsbildung (BCH/FPS) trafen sich turnusgemäß Bildungsexperten aus Österreich, Südtirol, Bayern, Baden-Württemberg und aus der Schweiz zu einem intensiven Informations- und Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der beruflichen Bildung.

Direktor Rudolf Siegrist, Zentralpräsident des BCH/FPS, begrüßte die Delegationen in der „Perle der Schweiz“, dem neuen Gewerblich-Industriellen Bildungszentrum in Zug. Siegrist wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass die Tagungen der Arge Alp für die weitere Entwicklung der beruflichen Schulen bedeutsam sind. Auftakt und Einstimmung zur Tagung waren die Besichtigung der weltbekannten Firma Distilliererei Etter mit der Information über Herstellungsverfahren, Vertriebssysteme sowie betriebliche Aus- und Managementbildungen und ein Besuch des Konzertes des Festspielorchesters Lemberg (Ukraine).

Zum Tagungsthema „Die genetische Revolution als Herausforderung für die zukünftige Arbeitsgeneration“ referierte der Theologe und Professor für Gentechnologie, Dr. Alberto Bondolfi. Es sei erforderlich, intensive Aufmerksamkeit für die neuen Technologien zu entwickeln und die unterschiedlichen Auswirkungen zu untersuchen. Aus dem Verständnis der Gentechnologie leitete er über zu der Frage: „Welche Argumentationsstrategien müssen vermieden werden?“. Hier zeigte er die Vielfalt auf, die durch Profit, Eugenik, Diskriminierung usw. zu berücksichtigen ist. Angemessene Argumente (Umweltschutz, Dritte Welt, Kritik der Gewalt) sind ebenso zu berücksichtigen wie die Folgen (auf Individuum, Familie, Gesellschaft usw.). Zur „Rolle des Rechts und der Politik“ in der Gentechnologie zeigte Dr. Bondolfi;

Möglichkeiten und Grenzen der „Selbstregulierung und Fremdregulierung“ auf. In der Berufsausbildung sei die Auseinandersetzung mit der Gentechnologie zwischen „Betroffenen und Nichtbetroffenen“ unbedingt notwendig mit dem Ziel, die Argumentationsfähigkeit und die Handlungsfähigkeit zu steigern. Für die Auseinandersetzung mit den Problemen der Gentechnologie im Unterricht sind Lehrkräfte entsprechend auszubilden.

Die Tagungsstätte: Das Gewerblich-Industrielle Bildungszentrum Zug

Die „Hightech-Lernstatt“ gilt als das größte je im Kanton Zug realisierte Bauwerk mit vier individuell gestalteten Schulungs-Trakten. Großzügige Raumplanung, topmoderne Unterrichtsräume und Einrichtungen, ansprechende Gestaltung der Bauten, großzügige Gänge mit genügend Sitzgelegenheiten und Lernmöglichkeiten, eine Mensa, eine Mediothek, genügend Turnhallen, praxis- und zukunftsorientierte Ausstattung der Werkstätten usw. kurz gesagt: ein berufliches Schulzentrum „de Luxe“.

Alle Unterrichtsräume und Einrichtungen wurden so konzipiert,

dass sie für die Grundausbildung, Fachausbildung, Weiterbildung und für höhere Berufsausbildungen geeignet sind. So sind im Bildungszentrum untergebracht:

- Berufsschule für 25 Berufe
ca. 1.500 Schüler (150 Klassen),
- Berufsmaturitätsschule
ca. 330 Schüler (25 Klassen),
- Berufliche Weiterbildung
ca. 320 Schüler (35 Klassen),
- Schreiner-Technikerschule
ca. 35 Schüler (2 Klassen).

Außerdem machen ca. 1.000 Schüler vom „Freifachangebot“ und ca. 220 Schüler von Förderkursen Gebrauch. Modulkurse und interne Lehrerfortbildungskurse werden darüber hinaus durchgeführt.

Aus über 16 Kantonen besuchen Schüler, Studierende und Weiterbildungswillige das Bildungszentrum und verteilen sich auf über 300 Klassen und Kurse; das Kollegium incl. Kursleiter und Referenten besteht aus 150 Lehrpersonen.

Wie der Rektor des GIBZ, Herr Ernst Hügli, bei seiner Begrüßung und der Führung durch die Schule berichtete, bestehen sehr enge Kontakte zur Wirtschaft und Industrie, zu den einzelnen Betrieben, Verbänden, Ausbildern, anderen Schulen,



Rudolf Siegrist,
Zentralpräsident
des BCH/FPS und
Dr. Alberto Bondolfi.



Die bayerischen Vertreter, von links Dietmar Leischner, Hans Käfler, Hermann Sauerwein.

zum Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit. Dem Rektor stehen vier Prorektoren und ein „Leiter Dienste“ zur Seite. Lehrende und Lernende sind gleichermaßen motiviert.

Die Philosophie der neuen Allgemeinbildung: Beispiel Ethik

Die Allgemeinbildung in der Berufsausbildung nimmt in den Arge-Alp-Ländern hinsichtlich Umfang, Zielsetzung, Struktur, Unterrichtskonzeption u. a. einen unterschiedlichen Stellenwert ein. Da der Lernbereich Ethik im Rahmen der Allgemeinbildung nicht getrennt von anderen Fächern gesehen werden kann, stellt Herr Jean-Etienne Berset vom BBT dar, wie Ethik in der Schweiz in die Allgemeinbildung implementiert wurde. Grundlage des Rahmenlehrplans sind die allgemeinen Bildungsziele zur Förderung der Selbst-/Sozialkompetenz, Methodenkompetenz und Sprach-/Kommunikationskompetenz. Sie gelten für die beiden Lernbereiche „Sprache und Kommunikation“ und „Gesellschaft“.

Der Lernbereich „Gesellschaft“ ist in 9 Aspekte gegliedert, unter denen Unterrichtsthemen angegangen werden können:

- Arbeit/Ausbildung,
- Ethik,
- Geschichte/Politik,
- Identität/Sozialisation,

- Kultur,
- Ökologie,
- Recht,
- Technik und
- Wirtschaft.

Der Unterricht ist fächerübergreifend und enthält kognitive und affektive sowie psychomotorische Lernziele. Die Lehrkräfte entscheiden – je nach Bildungsniveau – in welcher operationalisierten Zielsetzung die Themen behandelt werden. Da viele junge Menschen durch den „Wertpluralismus“ verunsichert sind und vermehrt Orientierungsschwierigkeiten haben, muss die „Ethik als Wertewelt“ in der Allgemeinbildung einen integrierten Bestandteil darstellen.

In sehr eindrucksvoller Weise zeigte Frau Dr. Daniela Plüss in vielen Beispielen Möglichkeiten der Umsetzung von Lernzielen im Unterricht. Das Unterrichtsgespräch muss auf allen Niveau-Ebenen angestrebt werden, wobei „vernetztes Denken“ sehr wichtig ist. Zielrichtungen, Fragenkataloge, Reaktionen der Lehrenden und Lernenden, Bedürfnisse, Schnittstellen, Koordination der verschiedenen Ebenen, Themenvielfalt waren Diskussionsgrundlagen. Beim Projekt „Ethik“ geht es nicht darum, einige Kenntnisse zu vermitteln, sondern nach Robert Spaemann „um die Vermittlung von Orientierungswissen.“

Berufsbildungsberichte und Diskussion

Die Delegationsleiter aus den einzelnen Ländern (R. Dörflinger, Baden-Württemberg/H. Sauerwein, Bayern/A. Kugler, Österreich/Dr. M. Rederlechner/Südtirol/R. Siegrist, Schweiz und G. Besenfelder, Bundesverband) berichteten über Stand, aktuelle Situationen, Probleme und Maßnahmen zur beruflichen Bildung. U. a. kamen Themen zur Sprache wie Lehrstellensituation, Lehrermangel an Berufsschulen, Fremdsprachenunterricht in den Berufsschulen, Modularisierung, Ausbau des beruflichen Bildungssystems, Integration von Berufsausbildung und Weiterbildung in Schulzentren (Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung), Reform der Lehrerbildung, Novellierung von Gesetzen zur Berufsbildung, Lehrpläne, Austauschprogramme.

Ausblick

Neben der Zielsetzung der „Arge Alp Berufsbildung“ und Themen für die Tagung im nächsten Jahr wurde auch die Frage erörtert, Kontakte zu anderen Ländern Europas zu pflegen. Die zahlreichen Anregungen werden zwischen den Leitern der Delegationen abgesprochen und bei der Programmgestaltung für die Tagung im April 2002 in Baden-Württemberg berücksichtigt.

Ein herzliches Dankeschön gilt Präsident Rudolf Siegrist und seiner „Mannschaft“ für die hochgeschätzte Gastfreundschaft, die exakte Planung und Durchführung der Tagung, die für alle Beteiligten interessante und fruchtbare Informationen brachte. Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt zwingen zur ständigen Weiterentwicklung der beruflichen Schulen, damit zukunfts- und praxisorientiert ausgebildet werden kann. Das Gewerblich-Industrielle Bildungszentrum Zug zeigt in vielfältiger Weise den richtigen Weg.

21. Deutscher Berufsschultag in Freiburg:

Neue Strukturen für das berufliche Schulwesen schaffen

Unter dem Motto „Berufliche Schulen – Kompetenzzentren für die Region“ fand Mitte Mai in Freiburg der 21. Deutsche Berufsschultag statt. Veranstalter war der Bundesverband der Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS). Mit überwältigender Mehrheit der Delegierten aus den 16 Landesverbänden wurde Günter Besenfelder als Vorsitzender wieder gewählt. In seiner Rede stellte der alte und neue Bundesvorsitzende klar, dass die Schaffung neuer Strukturen für das berufliche Schulwesen ein zentrales Anliegen des BLBS sei. Als weitere aktuelle Aufgabenfelder nannte er die Lehrgewinnung, die Lehreraus- und -fortbildung, die Förderung, Integration und Berufsvorbereitung Lernschwacher, Behinderter und Benachteiligter sowie die Gleichstellung aller Berufspädagogen in Deutschland. Verbandsintern strebe er einen noch stärkeren Austausch von Informationen mit den Landesverbänden an, erklärte Besenfelder.

Der bayerische Aspekt

Aus bayerischer Sicht gab es beim Freiburger Berufsschultag einen Generationswechsel: Karl-Heinrich Hergert stellte sich nach 25-jähriger Zugehörigkeit zum Hauptvorstand des BLBS und 20-jähriger Tätigkeit als stellvertretender Bundesvorsitzender

nicht mehr zur Wahl. An seine Stelle trat – vom VLB vorgeschlagen – Wolfgang Lambl, dem die Bundesdelegierten als einem der vier Stellvertreter mit großer Mehrheit das Vertrauen aussprachen. Karl-Heinrich Hergert wurde Ehrenmitglied des BLBS und erhielt aus der Hand von Günter Besenfelder die Ehrenmedaille in Gold.

Polit-Profis mit überzeugendem Sachverstand

„Mit einer gewissen Wehmut aber auch mit Stolz blicke ich auf die Jahre zurück, in denen mir der BLBS zweite Heimat war“, sagte Hergert in seiner Abschiedsrede. Im Rahmen seiner Arbeit im damaligen VBB sei er 1973 erstmals mit dem Bundesverband in Kontakt gekommen. Als stellvertretender Landesvorsitzender des VBB kam er 1976 in den BLBS-Hauptvorstand, dem er seitdem angehörte. Zunächst war er Mitglied im Ausschuss für Bildungspolitik, später dann im Grundsatzsausschuss, dem er von 86 bis 89 auch vorstand. 1981 wurde er stellvertretender Bundesvorsitzender. In dieser Eigenschaft erlebte Hergert vier Vorsitzende mit ganz unterschiedlich Führungsstilen.

Als Mitte der 80-er Jahre nach einer Zeit der Stagnation wieder Bewegung in die Berufsbildungspolitik kam und

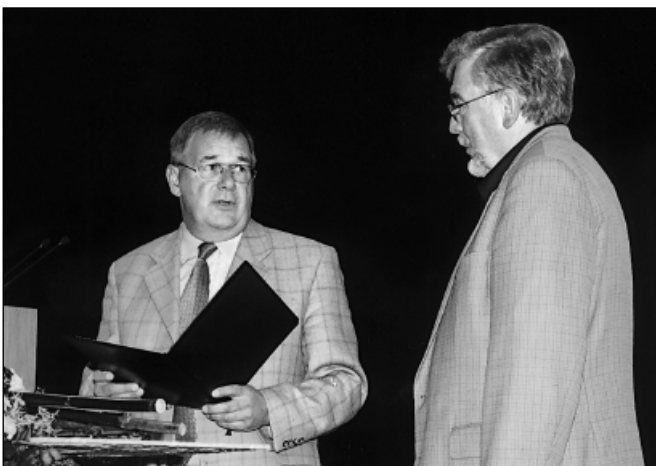
der BLBS seinen Einfluss verstärken konnte, hatte Hergert seine große Zeit. „Ich erinnere mich gerne an die sehr fruchtbare Zusammenarbeit mit Vertretern der Wirtschaftsverbände im Kuratorium der Deutschen Wirtschaft“, sagte er. In die achtziger Jahre fiel auch die Herausgabe etlicher Sonderdrucke des Bundesverbandes, an deren Erstellung er federführend beteiligt war.

Mit der Wiedervereinigung erhielt die Berufsbildungspolitik wiederum neue Impulse. „Die Bewältigung der Mengenprobleme bei der Versorgung mit Ausbildungsstellen hatte Vorrang vor den Fragen der Ausbildungsqualität“, blickte Hergert zurück.

Der Berufsschultag 1997 in Jena eröffnete einen Paradigmenwechsel in der Verbandspolitik. Wiederum bemühte man sich im BLBS verstärkt um Kontakte zu den Gremien in Politik und Wirtschaft. Der Schritt erwies sich als richtig: viele Fachgespräche festigten den Ruf des Bundesverbandes als kompetenter bildungspolitischer Partner.

Als die Wirtschaft 1997 mit Hilfe der Regierung Kohl den zweiten Berufsschultag zu „kippen“ versuchte, konnte der BLBS gemeinsam mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister und den Gewerkschaften erfolgreich Paroli bieten, erinnert sich Hergert. „Die derzeit aktuelle Diskussion zur Umstrukturierung beruflicher Schulen zu Kompetenzzentren für die Region unter Einbeziehung der Weiterbildung ist die Folge eines Anstoßes des Bundesverbandes, der bei der KMK und den Ländern auf fruchtbaren Boden fiel“, sagt Hergert.

Der scheidende BLBS-Vize erwies sich in all den Jahren seines Einsatzes für die Jugend im Beruf als ausgemachter Polit-Profis mit überzeugendem Sachverstand und nimmer-



BLBS-Vorsitzender Günter Besenfelder überreicht Karl-Heinrich Hergert die Urkunde zur Ehrenmitgliedschaft.



Stehende Ovationen für Karl-Heinrich Hergert.

müdem Einsatz. Der VLB dankt Karl-Heinrich Hergert auch auf diesem Wege für die erfolgreiche und ideenreiche Arbeit im Bundesverband. Er dankt ihm vor allem für das ständige Bemühen um Kooperation zwischen dem Landes- und dem Dachverband und wünscht dem rüstigen Ruheständler noch viele schöne Jahre in Gesundheit Wohlergehen. Darüber hinaus hofft er natürlich, dass sich Karl-Heinrich Hergert nicht ganz aus dem Verbandsgeschehen ausklinkt, und dass er sein reich mit Erfahrungen gefülltes Schatzkästchen hin und wieder mal zur Verfügung stellt, wenn die Situation es erfordert.

In der Verbandsarbeit kein Neuling

Als neuen Stellvertreter-Kandidaten schickte der VLB, wie gesagt, Wolfgang Lambl ins Rennen. Lambl ist Unterfranke und stammt aus der Nähe von Würzburg. Seine beruf-

liche Heimat ist die Metalltechnik. 1980 begann er den Schuldienst am Gewerblichen Berufsbildungszentrum I in Schweinfurt. 1990 wählten ihn die Kolleginnen und Kollegen zum Bezirkspersonalrat bei der Regierung von Unterfranken. Lambl hat langjährige Erfahrungen in der Verbandsarbeit; seit 2000 steht er dem VLB-Bezirksverband Unterfranken (ca. 800 Mitglieder) vor. Der Landesverband dankt Lambl für seine Bereitschaft, auf Bundesebene mit anpacken zu wollen. Er wünscht ihm dabei eine glückliche Hand und – im Sinne des Ganzen – eine ebenso vertrauensvolle Zusammenarbeit wie mit dem Vorgänger.

Das Freiburger Programm

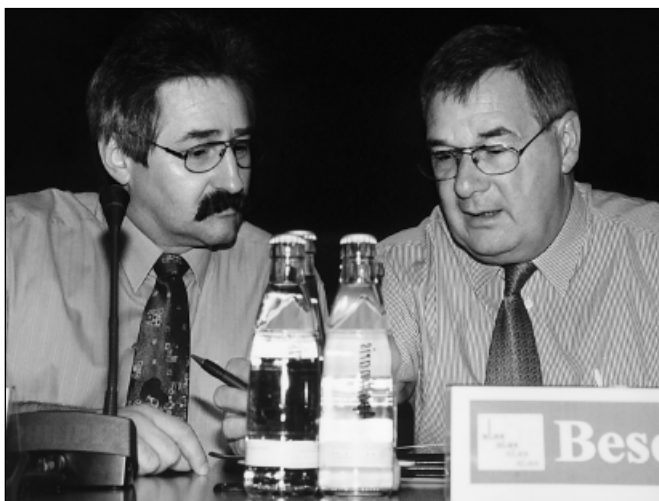
Neben einer gelungenen Hauptveranstaltung im Konzerthaus der Stadt Freiburg bot der Bundesverband eine Lehrmittelausstellung, vor allem aber Arbeitskreise mit hochkarätiger Be-

setzung an. Deren Themen waren:

- Berufliche Schulen – Kompetenzzentren für die Region.
- Lehrgewinnung und Lehrerbildung.
- Förderung, Integration und Berufsvorbereitung von Lernschwachen, Behinderten und Benachteiligten.
- Flexibilisierung in der beruflichen Ausbildung am Beispiel Baden-Württemberg.
- Voneinander lernen – schulische und duale Berufsbildung.
- Altersversorgung der Lehrer: Beamte und Tarifangestellte.
- Moderner Staat – flexible Besoldung.
- Besichtigung zweier Berufsschulzentren in Freiburg.

Wir verweisen auf die in Kürze erscheinende ausführliche Berichterstattung über die Freiburger Großveranstaltung im Organ des Bundesverbandes „Die Berufsbildende Schule“. Der 21. Deutsche Berufsschultag war jedenfalls ein rundum gelungenes Ereignis, das bei den Teilnehmern noch lange nachwirken wird. Dazu trugen neben perfekter Organisation und geschickter Logistik auch das sympathische Ambiente des Tagungsorts sowie das sonnige Maiwetter ihren Anteil bei.

Peter Thiel



Erste Lagebesprechung unmittelbar nach der Wahl. Bundesvorsitzender Günter Besenfelder (rechts) mit einem seiner neuen Stellvertreter, dem Unterfranken Wolfgang Lambl.

Kinder finden Lehrer im Supermarkt

London (epd) – Schüler im südenglischen Chafford Hundred haben drei neue Lehrer für ihre Schule in einem Supermarkt angeworben. Die 11-Jährigen hatten über mehrere Wochen in dem Geschäft unermüdlich Handzettel mit Stellenangeboten für Lehrer verteilt, berichtete die Tageszeitung *The Guardian* am Freitag. Nach dem Erfolg der ungewöhnlichen Werbeaktion planen jetzt auch andere Schulen in dem Bezirk ähnliche Aktivitäten. In einigen Regionen Großbritanniens herrscht bereits seit mehreren Jahren ein gravierender Mangel an ausgebildeten Lehrkräften.

Süddeutsche Zeitung, 19./20. Mai 2001

„Hans Maier – Begründer moderner beruflicher Bildung“

Am 18. Juni feiert Prof. Dr. Hans Maier seinen 70. Geburtstag. Von 1970-1986 war er bayerischer Kultusminister und setzte sich in diesem Amt mit großem Nachdruck für die Gleichwertigkeit der Bildungsgänge und somit für die berufliche Bildung ein.

Der geborene Freiburger erwarb die Habilitation 1962 als Schüler von Prof. Arnold Bergstraesser an der Universität Freiburg. Im gleichen Jahr wurde er Ordinarius für politische Wissenschaft an der Münchener Universität und Mitglied des

Deutschen Bildungsrates. Von 1976 bis 1988 stand er als Präsident dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken vor.

Unter dem Titel „Hans Maier – Begründer moderner beruflicher Bildung“ legt der VLB-Verlag anlässlich des Geburtstags einen broschürten Sonderdruck auf, der das bildungspolitische Schaffen des geschätzten ehemaligen Kultusministers würdigt. Dargestellt in der Schrift wird u. a. Maiers Einbindung in den geistesgeschichtlichen Hintergrund des 19. und 20. Jahrhunderts.

Autor der Broschüre ist Kollege Hans Huber, Ministerialbeauftragter i. R., in Verbandskreisen bestens bekannt durch seine profunden Veröffentlichungen über Aloys Fischer, Eduard Spranger und Georg Kerschensteiner. *pth*



Unser Foto zeigt Prof. Hans Maier beim Interview durch VLB-Landesvorsitzen Hermann Sauerwein (rechts) und Hans Huber (links). Das Gespräch fand Ende April in der VLB-Geschäftsstelle in München statt und wird in dem genannten Sonderdruck veröffentlicht. Foto: P. Thiel

Aus dem dpa-Dienst für Kulturpolitik vom 30.4.2001:

Stress im Klassenzimmer wirft zunehmend Lehrer aus der Bahn

Für manche sind sie die am besten bezahlten Halbtagskräfte der Nation. Ihre langen Ferien rufen immer wieder Neider auf den Plan. Doch die Realität des Lehrer-Alltags sieht oft ganz anders aus, betonen Arbeitswissenschaftler. Die Studie einer Projekt-Gruppe der Universität Erlangen-Nürnberg belegt: Der Stress im Klassenzimmer wirft immer mehr bayerische Lehrer aus der Bahn. Das gelte auch für andere westliche Bundesländer, sagte Studienleiter Andreas Weber. In den östlichen gebe es wenig Untersuchungen jüngerer Datums.

Viele Pädagogen macht der Job im Klassenzimmer so krank, dass auch die Schulverwaltung häufig keine andere Möglichkeit mehr als die Frühpensionierung sieht. Allein von 1996 bis 1999 – dem Untersuchungszeitraum der Studien – waren es 5540 Lehrer, die vorzeitig aus dem Schuldienst ausschieden. Insgesamt hatten 7103 Pädagogen wegen Dienstunfähigkeit einen Antrag auf frühere Rente gestellt. Was dabei selbst Fachleute überraschte: Jeder Zweite von diesen war nach dem Attest des Amtsarztes wegen einer psychischen oder psychosomatischen Krankheit nicht mehr in der Lage, seinen Job auszuüben, berichtete der Sozialmediziner Weber am 27. April auf einem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin und Umweltmedizin (DGAU) in Erlangen.

Nach Webers Angaben stießen die Forscher reihenweise auf Lehrer mit Erschöpfungs- und sogenannten Burn-Out-Syndromen, Depressionen und psychosomatischen Störungen. Rein körperliche Leiden wie Muskel-, Skelett- oder Herzkreislauf-Erkrankungen folgten erst mit großem Abstand. „Psychische Erkrankungen unter Lehrern sind offenbar weiter

verbreitet als bisher angenommen“, stellt der Mediziner fest.

Viele psychisch kranke Lehrer wurden dabei im besten Alter zu Frührentnern – im Durchschnitt mit 54 Jahren, Insgesamt arbeiten nur sieben Prozent aller Lehrer bis zum Alter von 65 Jahren.

Unter den mehr als 7000 Antragstellern auf Dienstunfähigkeit seien 57 Prozent Lehrerinnen und nur 43 Prozent Lehrer gewesen. Das entspreche etwa dem anteiligen Verhältnis im Lehrerberuf. Frauen schieden laut Weber jedoch häufiger als Männer wegen psychischer Erkrankungen aus. Über die Gründe für den Unterschied kann auch er nur spekulieren. Eine seiner Hypothesen ist die Doppelbelastung vieler Pädagoginnen, auf die häufig nach der Schule noch Familie und Haushalt warten. „Es könnten aber auch biologische Gründe eine Rolle spielen, die wir bisher nur noch nicht kennen.“

Dabei waren es in der Mehrzahl gar nicht die Betroffenen, die den Anstoß für ihre Frühpensionierung gaben. „In rund 60 Prozent der Fälle ging die Initiative von den Schulbehörden aus“, berichtet Weber. Häufig sorgten erkrankte Lehrer für ein Stundenplan-Chaos. Längere Fehlzeiten ließen sich kaum noch mit Vertretungslehrern überbrücken. Schulleiter gerieten dann oft unter starken Druck, sagt Weber.

Eine wissenschaftlich fundierte Erklärung für die Zunahme von Erschöpfungs- und Burn-Out-Syndromen bei Lehrern hat auch Weber nicht, wohl aber Vermutungen. Im Kernpunkt sieht der Arbeitsmediziner die steigenden, kaum noch leistbaren Anforderungen an die Lehrer. „Die Kinder sind heute viel-

fach schwieriger. Außerdem sollen Lehrer heute elterliche Erziehungsaufgaben übernehmen, mit denen sie überfordert sind“, meint der Forscher. Intakte Familien seien heute ja schon beinahe die Ausnahme. „Und die Lehrer werden alleine gelassen“, sagt Weber. Sie erhielten wenig Beratung, wie sie auf die veränderte Gesellschaft reagieren sollen.

Aber auch die veränderte Umgangssprache der Kinder könne zum Problem werden, wenn ältere Lehrer diese nur noch schwer verstehen. Zudem unterscheide sich der Lehrerberuf in einem entscheidenden Punkt von einem klassischen Schreibtisch- und Fabrik-Job: „Die Lehrer stehen unter permanenter Beobachtung der Schüler.“

Wegen der auffällig hohen Quote psychisch stark belasteter und erkrankter Lehrer hatte Weber schon vor Jahren einen Eignungstest gefordert. Dabei sollte vor allem die Belastungsfähigkeit junger Lehrer-Studenten in puncto Stress geprüft werden. Der Sozialmediziner war damit allerdings auf schroffe Ablehnung gestoßen. Stattdessen favorisiert Weber heute eine kontinuierliche ärztliche und psychische Betreuung der Lehrer während ihrer gesamten Laufbahn.

Nach den Vorstellungen des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Ludwig Georg Braun, sollten Eltern und Schulleitung künftig „dauernd kranke“ und „nicht geeignete“ Lehrer auf andere Posten versetzen lassen können. Wie der DIHT-Chef der Illustrierten „Bunte“ sagte könne es sich der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht erlauben, dass die Karriere von Schülern verbaut werde, „nur weil der Mathematiklehrer zu oft krank war und deshalb nicht unterrichten konnte“. Solche Lehrer müssten in Positionen gebracht werden, wo sie „noch Nutzen bringen.“ Betriebe täten dies schließlich auch, meinte der DIHT-Chef. *Klaus Tscharnke*

Die Paukschule von vorgestern ist tot, die Schule von morgen noch nicht konzipiert. Mit Computer und Internet sind neue Methoden in den Alltag der Schule gekommen. Innovationen in Naturwissenschaft und Technik müssen vermittelt werden, bewährte Fächer stehen auf dem Prüfstand. Dieser Wandel spielt sich vor dem Hintergrund stark veränderter Werte ab. Vieles, was gestern richtig war ist heute antiquiert. Der Wertewandel in der Gesellschaft beeinflusst die Werteerziehung in Familie und Schule. Der Würzburger Lehrstuhl für Psychologie IV, verantwortlich für die Ausbildung von Lehrern, will Lehrer als Praxisexperten mit Wissenschaftlern ins Gespräch bringen. Welche methodisch-didaktischen Ansätze versprechen Erfolg? Was lässt sich trainieren? Wo liegen Probleme im Verhalten und beim Lernen? Wie wirken sich die veränderten Werte in der Schule aus? Beim

Kongress „Schulwirklichkeit und Wissenschaft“

vom 27.09. bis 29.09 2001 in Würzburg

werden auf diese und andere Fragen Antworten gesucht. Der Kongress beabsichtigt Probleme, die alle Schularten betreffen, aber auch schulart- und fachspezifische Fragen in Referaten und Workshops darzustellen. Die Wissenschaft verspricht sich von der Veranstaltung Einblick in die Realität des Schulalltags, der Lehrer kann seine Schwierigkeiten relativieren und Anregungen für seinen Unterricht mitnehmen.

Die Themenbereiche spannen sich von Lehr- und Lernformen mit zahlreichen didaktisch-methodischen Ansätzen in bestimmten Fächern und Schularten über Steigerungsmöglichkeiten der sozialen Kompetenz bis zum normabweichenden Verhalten. Hier sind neben den klassischen Problemen des Sonderschulbereichs zunehmend die Hochbegabten und der Problemkreis Aggressionsprophylaxe und -therapie von Bedeutung. Der Kongress ist ein erster Versuch, Theorie und Praxis zu verschränken und so den wichtigen Bereich Bildung und Ausbildung zu optimieren. Die Veranstaltung soll neue Kontakte ermöglichen und die Universität mit den Schulpraktikern in Verbindung bringen.

Anmeldungen zu dieser Veranstaltung, die als Lehrerfortbildungsmaßnahme anerkannt ist, sind an den Lehrstuhl in Würzburg zu richten.

Einzelheiten erfahren Sie über die E-Mail-Adresse: Sauter@Schulwirklichkeit-Wissenschaft.de

Studienfahrt nach Straßburg und Luxemburg vom 03. bis 06. September 2001

Auf vielseitigen Wunsch führt der VLB für Kolleginnen und Kollegen eine 4tägige Studienfahrt nach Straßburg und Luxemburg durch. Die Besichtigung von europäischen Institutionen, Gespräche mit Europa-Abgeordneten sowie kulturelle Veranstaltungen in den beiden Europa-Städten sind Bestandteile des Programms. Es ist eine Kooperationsveranstaltung des VLB mit der Bayerischen Staatskanzlei, die mit Mitteln der Aktionsgemeinschaft „Euro“ gefördert wird.

Programm

- 1. Tag: Anreise München – Straßburg, Stadtrundfahrt/-besichtigung, Abendessen in einer Straßburger Weinstube.
- 2. Tag: Besuch beim Europäischen Parlament, Teilnahme an einer Plenarsitzung, Gesprächsrunde mit bayerischen Europa-Abgeordneten, Empfang bei der Stadt Straßburg, Besuch beim Europarat mit Besichtigung, Film und Vortrag zum Thema „Der Einigungsauftrag des Europarates auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte“, Weiterfahrt nach Luxemburg.
- 3. Tag: Besuch beim Europäischen Rechnungshof, Gespräche bei der Bayerischen Landesbank International S. A. zum Thema „Der Bankplatz Luxemburg und der Euro“ sowie „Der Euro“, Fahrt nach Remich mit Besuch eines Weingutes (Kellerführung, Weinprobe und Abendessen), Rückfahrt zum Hotel.
- 4. Tag: Stadtrundfahrt/-besichtigung Luxemburg, Heimreise über Trier.

Preis: DZ = 460,- DM/Person, EZ-Zuschlag = 150,- DM. Im Preis inbegriffen sind Fahrt mit dem Bus, 3 Übernachtungen mit Frühstück, 2 Mittagessen, 2 Abendessen, Weinprobe mit Kellerführung, alle Führungen bzw. Besichtigungen in Straßburg und Luxemburg. Die Teilnehmerzahl ist auf 30 Personen begrenzt.

Anmeldung: Interessenten melden sich bitte bei der Geschäftsstelle des VLB, Dachauer Straße 4, 80335 München, Tel. 595270 bis spätestens 10. Juli 2001 an.

D. Leischner

VLB-Studentengruppen tagten in Hohenkammer:

Ein wenig mehr Wagemut gefordert

KERSTIN SCHWARZ/KATHY SOLLMANN

Ende März fand im Schloss Hohenkammer auf Einladung des VLB eine Tagung für Studenten statt. Dabei waren alle Studiengänge des Lehramts an beruflichen Schulen durch Studenten der Hochschulstandorte München und Nürnberg vertreten. Ziel dieser Veranstaltung war es, studententechnische Probleme aufzuzeigen und nach möglichen Lösungsansätzen zu suchen.

Nach der Begrüßung am Freitag durch den Leiter des VLB-Arbeitskreises Lehrerbildung, Heiko Pohlmann, bildeten sich Arbeitsgruppen zu den jeweiligen Erstfächern, die Präsentationen zu den genannten Themen erstellten und sie nach einem gemeinsamen Abendessen dem Podium (Hermann Sauerwein, VLB-Landesvorsitzender; Heiko Pohlmann, VLB-Referent Lehrerbildung; Adolf Tengg, Kultusministerium; Dr. Walter Demmel, Praktikumsamt TUM; Erwin Herberg, Seminarlehrer und Horst Hackel, VLB-Hauptpersonalrat) vorstellten und bis 23.30 Uhr diskutierten.

Im Einzelnen ergaben sich folgende Schwerpunkte:

• Imagepflege

Grundsätzlich wurde das schlechte Image unseres Berufsstandes bemängelt. Dabei gibt es viele Möglichkeiten, dieses Image aufzubessern. Eine, die den Studenten besonders am Herzen liegt, ist die Umbenennung der veralteten Bezeichnung „Diplomhandelslehrer“ in „Wirtschaftspädagoge“.

• Standort

Davon sind im Besonderen die Studierenden der Wirtschaftspädagogik in München betroffen. Mit der Neubesetzung des dortigen Pädagogiklehrstuhls entstehen erhebliche Problemen bezüglich der Raumbelegung, die es zu bekämpfen gilt.

• Praktikum

Auch hier haben die gewerblich-technischen und die kaufmännischen Studenten unterschiedliche Probleme.

Während die Nürnberger Wirtschaftspädagogen ein einmonatiges Praktikum zwischen Grund- und Hauptstudium fordern (wie es bereits in München der Fall ist), gibt es an der TUM organisatorische Probleme, die die Praktika betreffen. Die gewerblich-technischen Studenten fordern ein einheitliches Konzept für alle Betreuungslehrer der schulischen Praktikas.

• Übergang Studium – Referendariat

Da man ausschließlich im September den Vorbereitungsdienst antreten kann, wird eine Vielzahl von Studenten schon vorher von der Wirtschaft abgeworben. Die Kürzung der Anwärterbezüge unterstützt diesen bedrohlichen Trend ungemein. Deshalb lautet die Forderung der Studenten: Erhöhung der Anwärterbezüge und Einführung eines zweiten Antrittstermins, um das Abwandern der Studenten in die Wirtschaft zu verhindern.

Außerdem sollte das Studium die Studenten besser auf den Schuldienst vorbereiten, indem man erste und zweite Phase der Lehrerbildung besser aufeinander abstimmt.

• Fachdidaktik

Die Fachdidaktik ist der Kern der Lehrerbildung. Sie wird zur Zeit allerdings nur an der TUM gelehrt. Im Bereich der Wirtschaftspädagogik wurde sie bisher nicht im Studium integriert, allerdings wird sie von den Studenten energisch gefordert. Die Studenten der TUM sehen eine Reihe von Verbesserungsmöglichkeiten bei der Fachdidaktik. So fordern sie beispielsweise ein einheitliches Konzept der Erst- und Zweitfächer, sowie Fachdidaktiker auf Zeit mit einem Standbein in der Praxis, Methodentraining, Kommunikationstraining

und Medienkompetenz für Fachdidaktiker als auch für Studenten.

• Studieninhalte

Die Studieninhalte müssen dringend aktualisiert werden. Ziel sollte es sein, das Grundstudium zu entlasten – grundlegende Kenntnisse in Mathematik und Physik sind bereits in der Hochschulreife zu genüge abgeprüft worden, warum also im Grundstudium noch einmal prüfen? Unser Vorschlag: Das Grundstudium muss den Grundstock für die Spezialisierung im Hauptstudium liefern, wobei die Inhalte aus Mathematik und Physik durchaus hier integriert werden können. Verstaubte Inhalte gehören aufpoliert, oder gänzlich gestrichen, stattdessen sollte das Augenmerk auf das zukünftige Anforderungsprofil eines Lehrers gerichtet werden. Dazu müssen die Universitäten flexibler reagieren.

Um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, ist die Studentenschaft bereit, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachbereichen und deren Dozenten, sowie Lehrern aus der Praxis entsprechende Vorlesungskonzepte zu entwickeln.

• Resümee

Alle vorangegangenen Ausführungen sind nur dann tatsächlich auch umsetzbar, wenn von staatlicher Seite auch deutlicher Reformwille signalisiert wird. Eine weitere Reform der LPO I ist zwar lobenswert, es ist jedoch nicht ersichtlich, dass sich daraus zwangsläufig oben geforderte Verbesserungen für die Studenten ergeben. Hierfür wäre von staatlicher Seite ein wenig mehr Wagemut gefordert, wie z. B. die Einführung eines erweiterten Credit-Point-Systems, anstelle des antiquierten Staatsexamens. Innovation sollte also nicht nur in der freien Wirtschaft, sondern auch in der Lehrerbildung oberstes Gebot sein!



Schreiben des Kultusministeriums
an den VLB, 28. März 2001

Modellversuch zur Reform der 2. und 3. Phase der Lehr- erbildung an beruflichen Schulen

Sehr geehrter Herr Sauerwein,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12.03.2001, in dem Sie sich für die Einbeziehung der Fachlehrer in den Modellversuch zur Reform der 2. und 3. Phase der Lehrerbildung an beruflichen Schulen einsetzen.

Die Rahmenbedingungen des BLK-Modellversuchs zielen ausschließlich auf die 2. Phase der Ausbildung der Lehrkräfte an beruflichen Schulen ab. Dabei wird insbesondere die Qualitätsverbesserung und Attraktivitätssteigerung des Lehramtes an beruflichen Schulen verfolgt. Zum einen geht es um die bedarfsgerechte Gewinnung von Lehrkräften durch die Schulen, die bereits in der universitären Ausbildung stattfinden soll, zum anderen sollen Struktur und Inhalt des Vorbereitungsdienstes reformiert werden. Der Vorbereitungsdienst der Fachlehrer ist mit dem Vorbereitungsdienst der Lehrkräfte an beruflichen Schulen nicht vergleichbar. Wir können deshalb leider Ihrem Wunsch nicht entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen
Tengg
Ministerialrat

Antwort des Kultusministeriums
auf das Schreiben des VLB
(vom 15. März 2001), 08. Mai 2001

Schulpsychologischer Dienst an beruflichen Schulen; hier: Anrechnungsstunden

Sehr geehrter Herr Sauerwein,

für die Wahrnehmung von schulpsychologischen Aufgaben im Bereich der staatlichen beruflichen Schulen wird in verschiedenem Umfang eine Entlastung von der unterrichtlichen Tätigkeit gewährt. Zum einen können Schulpsychologen, die beratende Tätigkeit an der Schule ausüben. Anrechnungsstunden aus dem Schultopferhalten. Hierfür sollen die Schulleiter im Rahmen ihrer Entscheidung bis zu drei Wochenstunden vorsehen. Darüber hinaus bekommen Lehrkräfte, die schulpsychologische Aufgaben an einer staatlichen Schulberatungsstelle wahrnehmen, eine Entlastung im Umfang von sechs Wochenstunden sowie Lehrkräfte, die Fragen zur Schullaufbahn an den staatlichen Schulberatungsstellen beantworten, eine Entlastung im Umfang von vier Wochenstunden.

Bei der Entscheidung, ob und in welchem Umfang Lehrkräften für außerunterrichtliche Aufgaben Anrechnungen gewährt werden können, sind verschiedene Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Sicherlich wäre es zu begrüßen, wenn wegen des steigenden Arbeitsaufwands im Zusammenhang mit Fragen zur Legasthenie und Lese-Rechtschreibschwäche großzügiger bei der Befreiung von der unterrichtlichen Tätigkeit verfahren werden könnte. Allerdings muss die Unterrichtsversorgung sichergestellt werden, was angesichts des Schülerzuwachses an den Fachoberschulen und Berufsoberschulen sowie des drohenden Lehrermangels an den Berufsschulen zunehmend schwieriger wird. Das Hauptaugenmerk liegt auf einem ausreichenden Unterrichtsangebot, die schulpsychologische Beratertätigkeit darf zu keiner unververtretbaren Schmälerung der Unterrichtskapazitäten führen

Die Tätigkeit als Schulpsychologe an einer staatlichen Schulberatungsstelle wird im Übrigen als Wahrnehmung einer Funktion gewertet. Ihr wird somit wie z. B. der Fachbetreuertätigkeit erhebliches Gewicht zuerkannt. Ein Auf-rücken in das Besolungsamt A 15 ist möglich. Das Beförderungsamts setzt aber auch ein entsprechendes Leistungsvermögen, d. h. die Erfüllung zusätzlicher Aufgaben voraus. Andernfalls wäre die Ausweisung der Beratungstätigkeit als Funktion nicht gerechtfertigt.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Pascher
Ministerialdirigent

Schreiben des Kultusministeriums
als Antwort auf einen Brief des VLB
(vom 15. März 2001), 17. April 2001

Schulpsychologischer Beratungsdienst für berufliche Schulen

Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender,

der Wunsch, die Wahrnehmung schulpsychologischer Aufgaben an beruflichen Schulen bei der Staatlichen Schulberatungsstelle eigens im Funktionenplan als Funktion auszuweisen, wurde vorgemerkt. Bei der nächsten Änderung bzw. Fortschreibung der Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen kann eine formale Anpassung erfolgen. Eine materielle Änderung ergibt sich dadurch nicht, weil die Wahrnehmung einer solchen Aufgabe bereits beförderungswirksam ist.

Mit freundlichen Grüßen
Pascher
Ministerialdirigent

Schreiben des VLB an Kultusministerin
Monika Hohlmeier,
22. Mai 2001

Anwärterbezüge; hier: Studienreferendare des Lehramtes an beruflichen Schulen

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hohlmeier,

bei der Versorgung der beruflichen Schulen mit Lehrpersonal zeichnet sich eine dramatische Entwicklung ab.

Zum einen ist die Zahl der Studienbewerber für dieses Lehramt bei weitem nicht ausreichend. Die Anzahl der Studienanfänger an der TU München beispielsweise macht den Mangel mehr als deutlich.

Darüber hinaus folgen immer mehr Studienabsolventen nach erfolgreich abgelegter erster Staatsprüfung den Angeboten der Wirtschaft (Eingangsgehälter von 6 000,00 DM und mehr) und finden nicht den Weg ins Referendariat.

Um diesen „Weglauffaktor“ zu begrenzen, schlägt der VLB vor: Der eigenständige Unterricht im ersten und zweiten Jahr des Vorbereitungsdienstes wird auf 4 Wochenstunden festgelegt und darüber hinaus ein Unterrichtsauftrag erteilt. Dieser beträgt im ersten Jahr des Vorbereitungsdienstes 8 und im 2. Jahr bis zu 12 Wochenstunden. Das begleitende Studienseminar muss entsprechend modifiziert werden.

Daraus ergeben sich folgende Vorteile:

- Die Studienreferendare erbringen sofort eine Unterrichtsleistung und erhalten dafür eine angemessene Vergütung.
- Das Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen kann somit abgebaut werden.
- Die oft geforderte Unterrichtspraxis in der Ausbildung wird umfassend erworben.
- Die Maßnahme ist kostenneutral; die erbrachte Unterrichtsleistung müsste ohnehin finanziert werden.
- Die Ungleichbehandlung der grundständig ausgebildeten Lehrkräfte an beruflichen Schulen im Vergleich zu den Seiteneinsteigern wird größtenteils aufgehoben.
- Die bundeseinheitlich geregelten Laufbahnbedingungen werden nicht angetastet.
- Der Freistaat ist in der Ausgestaltung des Vorbereitungsdienstes weitestgehend selbständig.

Wir bitten Sie, sehr geehrte Frau Staatsministerin, diesen unseren Vorschlag wohlwollend zu prüfen und bereits für das Schuljahr 2001/02 umzusetzen. Für ein ergänzendes Gespräch stehen wir gerne zur Verfügung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
H. Sauerwein, OstD
Landesvorsitzender

Kooperationsprojekt Universität - Berufsschule:

„SoLe“ im Rechnungswesenunterricht

JÜRGEN SEIFRIED, BIRGIT BROUER
UND DETLEF SEMBILL

1. Einleitender Rückbezug

In einem ersten Beitrag (siehe Heft 04-05/01) haben wir einen doppelt aspektierten Qualifikationsanspruch formuliert, der in einem Projekt zum reformbedürftigen Rechnungswesen unter Feldbedingungen dreier Klassen der kaufmännischen Grundstufe einer Bamberger Berufsschule realisiert wird. Das Untersuchungsdesign und ein didaktisches Grob-Design haben wir dort dargestellt. In diesem Beitrag geht es um einen genaueren Einblick in die durchgeführte Unterrichtskonzeption.

2. Unterrichtskonzeption Selbstorganisierten Lernens

Mittelpunkt von Selbstorganisiertem Lernen (SoLe) ist das Grundprinzip geplanten (problemlösenden) Handelns (Sembill 1992). Wichtig dabei ist, dass die zu bearbeitenden Problemstellungen komplex gestaltet sind und dass dem Lerner echte Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten eingeräumt werden. In diesem Artikel konzentrieren wir uns daher auf die Umsetzung der beiden wesentlichen Aspekte des Selbstorganisierten Lernens:

- 1) Die Schüler bearbeiten während des Unterrichts praxisnahe, komplexe Problemstellungen.
- 2) Die Schüler werden in die Planung, Durchführung und Evaluation der Lehr-Lernprozesse in angemessenem Umfang einbezogen.

2.1 Bearbeitung komplexer Problemstellungen im Rechnungswesenunterricht

Statt der Verkürzung komplexer ökonomischer Sachverhalte werden den Lernenden in der Konzeption des SoLe komplexe Probleme mit hohem Praxisbezug dargeboten, die von ihnen überwiegend in Gruppen bearbeitet werden. Dazu werden den beiden Experimentalklassen immer ver-

schiedene Problemstellungen zur Bearbeitung vorgelegt. Es werden solche Probleme formuliert, die im Rahmen einer Unternehmensgründung und -führung realistisch auftreten können. Begleitend zu den Problemstellungen werden von den Lehrkräften entsprechende Unterrichtsmaterialien (und hier v. a. Datenkränze und Belegsätze) entwickelt. Dabei sind die Geschäftsvorfälle so konstruiert, dass entsprechend problemhaltige und damit anregende Situationen abgebildet werden können, die die Schüler zu einer eigenständigen, vertieften Auseinandersetzung mit den Sachverhalten über einen längeren Zeitraum hinweg motivieren.

Als Unterrichtseinstieg bietet eine Unternehmensgründung in ausreichendem Maße Problemgehalt, um 1) Sinn und Zweck der Buchführung zu erarbeiten, 2) ein Unternehmensmodell zur Veranschaulichung der Geschäftsvorfälle abzuleiten und 3) die Identifikation und damit auch die Motivation der Auszubildenden mit dem nach eigenen Vorstellungen und Wünschen ausgestalteten Unternehmen herzustellen. Diese Modellunternehmung kann während des gesamten Unterrichtsverlaufes immer wieder zur Verdeutlichung und Veranschaulichung herangezogen werden. Zudem haben die Schüler Gelegenheit, im Zuge einer simulierten Inventur die Entstehung wichtiger Daten selbst handelnd zu vollziehen.

Mit zunehmender Übung können im Verlaufe der Unterrichtseinheit auch komplexere, zeitlich umfangreichere Problemstellungen verwendet und arbeitsteilige Phasen (im Sinne des Lernens für andere) eingeplant werden. Zur Überbrückung eines Liquiditätsengpasses wird beispielsweise die Gewährung eines Kredites durch die Hausbank notwendig. Die Schüler sind nun aufgefordert, eine systematische Darstellung mehrerer durch Belege re-

präsentierte Geschäftsvorfälle zu erstellen. Im Zuge der Überlegungen, wie diese Belege systematisch verarbeitet werden können, stoßen die Schüler nicht nur auf die Ursachen des Liquiditätsengpasses, sondern erarbeiteten auch weitgehend eigenständig die Buchungsregeln.

Hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunkte der Problemstellungen, der Art der Darbietung sowie des Bearbeitungszeitraums empfiehlt es sich, immer wieder zu variieren. So stellt beispielsweise die Darstellung der Geschäftsentwicklung im Rahmen eines Geschäftsberichtes (inkl. einer umfassenden Analyse des Geschäftsjahres) gegen Ende des Ausbildungsjahres das umfangreichste Problem dar. Bei dieser Problemstellung wird auf sämtliche Inhalte des Schuljahres Rückgriff genommen. Gleichzeitig werden die Auseinandersetzung mit den betriebswirtschaftlichen Hintergründen forciert sowie das Lernen und Arbeiten in Teams einschließlich der dazu erforderlichen Kommunikation eingeübt.

Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Lerninhalte und die entsprechenden Problemstellungen, wobei die Problemstellungen P 1 (Unternehmensgründung) und P 6 (Geschäftsbericht) quasi die Klammer für die im Lehrplan aufgeführten Lerninhalte bilden.

2.2 Beteiligung bei Planung, Durchführung und Evaluation der Lehr-Lernprozesse

Unabdingbar für das Gelingen des selbstorganisierten Lernens ist neben der detaillierten Unterrichtsplanung durch den Lehrer die gemeinsame Vorbereitung der durchzuführenden Lern- und Lehrprozesse zusammen mit den Schülern. Die Setzung von inhaltlichen Schwerpunkten sollte sich an der Interessenlage der Lernenden orientieren, der Abgleich der Lerninhalte mit den Inhalten des Lehrplans sollte ebenfalls zusammen mit den Schülern vorgenommen werden. Lernziele werden anschließend gemeinsam formuliert und zu Beginn der Unterrichtseinheit transparent gemacht. Wesentlich ist hier v. a. die subjektive Relevanz, d. h. die

persönliche Bedeutsamkeit des Unterrichtsinhaltes für die Lernenden.

Bewertungskriterien (z. B. für Klassenarbeiten, Kurzreferate oder Präsentationsleistungen) sowie Verhaltensregeln (z. B. die Funktion des Gruppensprechers, die Verpflichtung für jeden Schüler, mindestens einmal die Gruppenergebnisse zu präsentieren o. ä.) müssen ebenfalls frühzeitig und gemeinsam festgelegt werden. Des Weiteren müssen Handlungsspielräume wie z. B. freie Pauseneinteilung, Verlassen des Schulgeländes, um von externen Experten Informationen einzuholen etc. definiert werden. In der schulischen Praxis hat sich das Abschließen eines Vertrages bewährt, in dem die oben genannten Aspekte gemeinsam diskutiert und ausgehandelt werden. Dementsprechend wurde auch im Bamberger Rechnungswesenprojekt vorgegangen.

Beim SoLe kommt dem Lernen und Arbeiten in Gruppen herausragende Bedeutung zu. Lernen in Gruppen wird dabei nicht im Sinne eines kurzfristigen Bearbeitens einer Aufgabe verstanden, die Schüler setzen sich vielmehr über mehrere Unterrichtsstunden hinweg eigenverantwortlich mit umfangreichen und anspruchsvollen Problemstellungen auseinander. Um diese eigenstän-

dige Auseinandersetzung zu ermöglichen, wurden in unserem Projekt motivierende, problemhaltige Sachverhalte und entsprechende Unterrichtsmaterialien (Datenkränze und Belegsätze) entwickelt und im Unterricht eingesetzt.

Ein wesentlicher Bestandteil des SoLe-Arrangements sind Präsentationen und Ergebnissicherung. Die Präsentation „verpflichtet“ die einzelnen Gruppen, sich intensiv mit den Lerninhalten auseinander zu setzen und die Lernergebnisse so zu strukturieren, dass die Präsentationsinhalte logisch aufgebaut und für alle (Mitschüler und Lehrer) verständlich sind. Die Präsentationen dienen so quasi als „veröffentlichtes Lernprotokoll“. Die Planung und Durchführung der Präsentation, durchaus wiederum als ein eigenes, komplexes Problem zu betrachten, fördern quasi als Nebenprodukt Präsentationsfähigkeiten, die im traditionellen Unterricht zu selten gefordert und gefördert werden. Die Lernenden erhalten zudem die Möglichkeit, bei arbeitsgleichen Problemstellungen die eigenen Ergebnisse mit den von anderen Gruppen erarbeiteten Resultaten zu vergleichen, Wissenslücken zu schließen und Verständnisprobleme zu beseitigen. Zur Sicherung des Lernerfolgs nimmt

die Lehrkraft, analog zur Vorgehensweise im traditionellen Unterricht, notwendige Ergänzungen und Korrekturen vor, sofern sie nicht schon von den Mitschülern eingebracht werden.

3. Ausblick

Derzeit befindet sich die Untersuchung in der Phase der Unterrichtsdurchführung und Datenerhebungen. Gespräche mit Schülern und den beteiligten Lehrkräften sowie die Unterrichtsbeobachtungen lassen den (vorsichtigen und noch nicht durch Datenmaterial belegten) Schluss zu, dass Schüler durchaus erfolgreich in der Lage sind, auch im als hochstrukturiert geltenden Fach Rechnungswesen ihre Lernprozesse selbst zu organisieren.

Die gewonnenen Eindrücke müssen jedoch durch umfangreiche Auswertungen der erhobenen Daten gestützt werden. Dabei ergeben sich auf der Basis der erhobenen Daten vielfältige Auswertungsmöglichkeiten: Die Daten der Eingangs-, Zwischen- und Ausgangserhebung (Produktdaten) können zunächst einmal für einen klassischen Vorher-Nachher-Vergleich herangezogen werden. Die im Zuge der Videografierung des Unterrichts gewonnenen Verhaltensdaten sowie die Schüleräußerungen während des Unterrichts (diese werden auf MiniDiscs aufgenommen) können zur Beschreibung von Lernprozessen herangezogen werden. Die mit Hilfe von Mobilien Datenerfassungsgeräten erfassten Daten zum subjektiven Erleben (emotionale, motivationale und kognitive Ebene) können Erkenntnisse zu den Beziehungen zwischen emotionalen, motivationalen und kognitiven Prozessen zu Tage fördern. In einem weiteren Schritt können dann die Produktdaten und die Verhaltens- und Selbstberichtsdaten (Prozessdaten) zueinander in Beziehung gesetzt werden. Erste aussagekräftige empirische Befunde werden voraussichtlich gegen Ende der Untersuchung im Juli 2001 vorliegen. In weiteren Artikeln soll darüber in späteren Ausgaben dieser Zeitschrift berichtet werden.

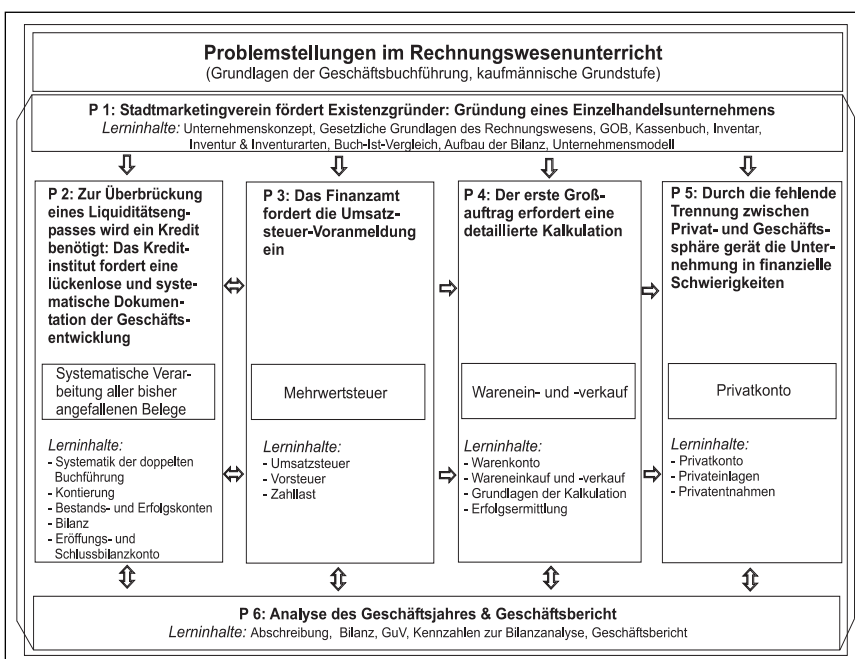


Abb. 1: Problemstellungen und Lerninhalte im Rechnungswesenunterricht

Fortbildung am Lehrstuhl für Pädagogik der TU München:

Handlungsorientiertes Lernen und Multimedia im Unterricht

ALFRED RIEDL, MICHAEL VÖGELE

Der Lehrstuhl für Pädagogik der Technischen Universität München (TUM) veranstaltete eine Fortbildung für Lehrkräfte an beruflichen Schulen. Aufgezeigt und diskutiert wurden aktuelle Entwicklungen für modernen beruflichen Unterricht mit Bezügen zur Lehr- und Lernforschung. Inhaltlicher Schwerpunkt war am ersten Fortbildungstag das handlungsorientierte Lernen, am zweiten Tag Multimedia im Unterricht. Insgesamt meldeten sich knapp 200 Lehrkräfte und Verantwortliche aus allen Bereichen der beruflichen Bildung an. Aus organisatorischen Gründen musste die Anzahl der Teilnehmer auf 35 Personen pro Seminartag begrenzt werden. Eine Wiederholung dieser Veranstaltung ist im Frühjahr 2002 geplant.

Handlungsorientiertes Lernen

Der Fortbildungstag zu handlungsorientiertem Lernen begann nach der Begrüßung durch Prof. Andreas Schelten mit einem einführenden Referat von Dr. Alfred Riedl. Der Referent zeigte in einem ersten Teil auf, wie handlungsorientiertes Lernen aus unterschiedlichen Perspektiven begründet werden kann. Er erläuterte dies anhand stattfindender Veränderungen in der beruflichen Arbeitswelt durch den erfolgten technischen und produktiven Wandel und durch Veränderungen bei den Adressaten beruflicher Bildung. Zudem fordern Erkenntnisse aus Lernpsychologie und Lerntheorie ein Lernen in konkreten Handlungen, da nur hier wichtige Rückkopplungsprozesse möglich sind und Denkstrukturen sich aktiv aus verinnerlichten Handlungen entwickeln.

In einem zweiten Referatsteil stellte Riedl einen Katalog von Anforderungskriterien an einen hand-

lungsorientierten Unterricht vor. Damit lassen sich wesentliche Eckpunkte eines solchen Unterrichtskonzeptes beschreiben (siehe näher: Riedl, Schelten 1998): Demnach lässt sich handlungsorientierter Unterricht in der beruflichen Bildung folgendermaßen zusammenfassend kennzeichnen: Im Mittelpunkt eines handlungsorientierten Unterrichts steht die Vermittlung von theoretischen Voraussetzungen für das Handeln-Können in der beruflichen Praxis. Besonders zu betonen sind berufstheoretische Überlegungen und Lerninhalte. Diese entfalten sich entlang der Lösung komplexer beruflicher Aufgaben. Durch ein Bewältigen konkreter beruflicher Aufgabenstellungen mit Planungsüberlegungen und ihrer anschließenden Realisierung erfolgt ein Lernen in vollständigen Handlungen. Solche konkrete Handlungen führen zu rückschließenden Fragen auf die dahinterliegende berufliche Theorie. Für die Unterrichtsentwicklung in der Praxis muss Ziel sein, sich einzelnen oder mehreren Kriterien der theoretischen Vorgabe auch in kleinen Schritten zu nähern. Zu dem Fortbildungstag ‚handlungsorientiertes Lernen‘ erhielten alle Teilnehmer eine schriftliche Unterlage, die handlungsorientiertes Lernen in der beruflichen Bildung aus verschiedenen Blickrichtungen beleuchtet (Download unter: <http://www.paed.ws.tum.de/downloads/hu-rie-sche.pdf>). Oben angesprochene Referatsinhalte sind hier ausführlich dargestellt.

Dem einführenden Referat folgte eine teilnehmeraktive Selbsterfahrungsphase zu handlungsorientiertem Lernen, für die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die integrierten Fachunterrichtsräume am Lehrstuhl für Pädagogik umzogen. Da sich dort Unterrichtssituationen

z. B. aus dem Bereich der Steuerungstechnik simulieren lassen, werden diese auch intensiv für Lehrveranstaltungen des Lehrstuhls genutzt. In der Selbsterfahrungsphase mussten die teilnehmenden Lehrkräfte in die Lernerrolle schlüpfen. Für die meisten war der ‚Lerngegenstand‘ – eine pneumatisch gesteuerte Sortieranlage – fachfremd und somit Neuland. In einer leittextgesteuerten Unterrichtssequenz war von den Lehrkräften, die in Gruppen zusammengearbeiteten, eine Schaltung für eine vorgegebene Anlagenfunktion zu entwickeln und anschließend in einem Funktionsmodell aufzubauen.

Die Lerneinheit als Ausschnitt aus dem Bereich der Pneumatik wurde speziell für die Fortbildungsveranstaltung konzipiert. Somit war diese Selbsterfahrungsphase grundlegend für weitere Ausführungen und Diskussionen zu handlungsorientiertem Lernen. Der Leittext zur pneumatischen Ansteuerung einer Sortieranlage wurde mit hoher Motivation bearbeitet und ermöglichte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein eigenes Erleben von handlungsorientiertem Lernen. Sie sollten dabei insbesondere reflektieren, wie die vorausgehend thematisierten Kennzeichen für handlungsorientiertes Lernen in dieser Lerneinheit umgesetzt sind. Ergänzend dazu sollten auch Grenzen eines solchen Lernens und damit Einschränkungen für die vorgestellten Anforderungskriterien offenkundig werden. Damit schuf diese „Lerneinheit“ über bereits vorhandenen eigenen Erfahrungen der Teilnehmer hinaus eine weitere, gemeinsame Erfahrungsgrundlage für nachfolgende, reflektierte Betrachtungen zu dem Konzept eines handlungsorientierten Unterrichts.

Der Selbsterfahrungsphase zu handlungsorientiertem Lernen folgte eine lebhafte Diskussion zu den Möglichkeiten und Chancen für einen solchen Unterricht. Thematisiert wurden dabei auch Grenzen und Barrieren, an die ein solches Vorgehen im Unterricht immer wieder stößt. Einigkeit herrschte darüber, dass sowohl Lehrkräfte als auch Schüler auf einen handlungsorien-

tierten Unterricht vorbereitet werden müssen. Für die Schülerseite heißt dies, dass die Lernenden ggf. in kleinen Schritten an ein selbstgesteuertes Lernen herangeführt werden müssen. Auch Lehrkräfte müssen sich auf ihre veränderte Rolle in einem solchen Unterricht schrittweise herantasten. Insbesondere drängt ein handlungsorientierter Unterricht zu einer Zusammenarbeit von mehreren Lehrkräften im Team, um sich gegenseitig unterstützen zu können.

Nach der Mittagspause stellten Susanne Schollweck und Robert Geiger ihre Forschungsarbeiten zu handlungsorientiertem Lernen vor. Diese Arbeiten wenden sich insbesondere den Fragestellungen zu, wie ein fachsystematisches und ein handlungssystematisches Vorgehen im Unterricht lernförderlich zusammenwirken und miteinander in Einklang gebracht werden können. Eine weitere Perspektive dieser Forschungsarbeiten ist, wie schülergesteuerte Selbstlernphasen und lehrergesteuerte Instruktionsphasen in einer lernförderlichen Balance zueinander stehen. Beide Forscher

skizzierten ihren forschungsmethodischen Feldzugang mit den konkreten Fragestellungen ihrer Untersuchungen. Da beide Arbeiten noch mit der Auswertung umfangreicher Daten beschäftigt sind, lassen sich bislang nur erste Ergebnisseindrücke vorstellen. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen: Fachsystematische und handlungssystematische Unterrichtsphasen ergänzen und bedingen sich gegenseitig. Ein an beruflichen Aufgabenstellungen ausgerichtetes handlungsorientiertes Unterrichtskonzept kann auf die Fachsystematik der dahinter liegenden Theorie einer Berufsdomäne nicht verzichten. Jedoch sollte ein Lernen dieser Theorie auch ein Lernen in vollständigen Handlungen ermöglichen. Ein weitgehend schüler selbstgesteuertes Lernen birgt Gefahren der Überforderung und Orientierungslosigkeit der Lernenden. Instruktionale Hilfestellungen durch eine Lehrkraft treten dem entgegen. Dies erfordert jedoch auch eine ausgewogene Balance zwischen den beiden Lehr-Lern-Formen. Zielvorstellung soll dabei sein, dass Lernende übertragene Aufgaben selbst-

ständig planen, durchführen und kontrollieren. Die verschiedenen Aspekte der vorgestellten Forschungsarbeiten wurden von den Teilnehmern der Veranstaltung aufgegriffen und mit den Forschern diskutiert. Dabei konnten viele Bezüge zu eigenen Erfahrungen der Teilnehmer zu handlungsorientiertem Lernen hergestellt werden.

Der letzte inhaltliche Schwerpunkt der Fortbildungsveranstaltung wandte sich dem Bildungsauftrag der Berufsschule und der Abgrenzung der Aufgaben der Berufsschule gegenüber dem Lernort Betrieb zu. Nach einem kurzen Impulsreferat von Prof. Andreas Schelten entstand eine lebhafte Diskussion zu dieser aktuellen Fragestellung. Die unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen, Vertreter der Schulleitung und die Mitglieder der Bildungsadministration stimmten darin überein, dass es verstärkter Anstrengungen bedarf, sich als Partner im dualen System der beruflichen Bildung weiter zu profilieren. Hierbei müssen sowohl regionale Besonderheiten als auch Unterschiede der Bereiche Handwerk und Industrie berücksichtigt

Einladung

zur Material- und Ideenbörse Schüleraktiver Unterricht an beruflichen Schulen

Freitag, 13. Juli 2001
13.00 Uhr bis 18.00 Uhr
am Lehrstuhl für Pädagogik
TU München, Lothstr. 17

Kontakt:

Hans Haider
Private BS St. Erhard Deggendorf
Alexia Lauer
Stadt Nürnberg, B7
Fachakademie für Hauswirtschaft
Norbert Loos
Staatl. BS Rothenburg o.d.T.

Programm

13.00 Uhr Eröffnung
Prof. Dr. Andreas Schelten, TU München

13.15 Uhr
bis 18.00 Uhr „offene“ **Materialbörse**
Lehrer aus dem gewerblich-technischen **und** dem kaufmännischen Bereich stellen aus: Lernzirkel, Lernspiele, selbsterstelltes Unterrichtsmaterial

Weitere Veranstaltungen in Form von Vorträgen, Workshops, ...

14.00 Uhr Das Menschenbild in der Reformpädagogik

15.00 Uhr Ideen für kreativen, ganzheitlichen Unterricht erleben

16.00 Uhr Handlungsorientiertes Lernen selbst erleben

17.00 Uhr Handlungsorientierung, Lernfelder im Unterricht, schüleraktive Unterrichtsmethoden – ein Umsetzungsmodell

abends: Back to the Roots, Fachschaft LB

Veranstalter: Reformpädagogisches Forum – <http://www.berufsschulen.de/htm/reformer>

werden. Moderner beruflicher Unterricht muss sich an einem Verständnis von Unterricht orientieren, das auf ein durchdringendes Verstehen des Gelernten und Anwenden des erworbenen Wissens in beruflichen Anforderungssituationen zielt. Theoretisch gesteuerte und reflektierte Lernprozesse in vollständigen Handlungen ermöglichen dies für die Entwicklung beruflicher Handlungskompetenz.

Multimedia im Unterricht

Auch am zweiten Tag der Fortbildungsveranstaltung war der Seminarraum bis auf den letzten Platz besetzt. Das Ziel dieses Tages war es, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Überblick über multimediale und telekommunikative Lernangebote zu geben und Einsatzmöglichkeiten der ‚neuen‘ Medien im Unterricht an beruflichen Schulen aufzuzeigen. Die vorgestellten Ergebnisse und Beispiele gingen zum Teil auf die Erfahrungen aus dem Modellversuch „Multimedia und Telekommunikation an beruflichen Schulen in Bayern“ zurück, der vom Lehrstuhl für Pädagogik der Technischen Universität München wissenschaftlich begleitet wurde. Der Modellversuch hat in verschiedenen Unterrichtskonzepten das große Potential eines computerunterstützten Unterrichts aufgezeigt. Er hat aber auch gezeigt, dass die Nutzung der ‚neuen‘ Medien auch mit Schwierigkeiten verbunden sein kann. Datengrundlage für diese Untersuchung waren insgesamt zehn Schulen aus dem kaufmännisch-verwaltenden und gewerblich-technischen Bereich (weitere Informationen zum Modellversuch: <http://www.isb.bayern.de/bes/modell/mut/> und <http://www.lrz-muenchen.de/~mut/>).

Nach einer herzlichen Begrüßung durch Prof. Andreas Schelten stellte PD Ralf Tenberg den Tagesablauf kurz vor. Auch am zweiten Tag wechselten sich Vorträge mit Phasen des Erfahrungsaustausches und des selbstständigen Ausprobierens ab. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten neben den schriftlichen Seminarunterlagen eine CD-ROM

Handlungsorientierung war auch für die Teilnehmer angesagt.



mit verschiedenen Lernprogrammen und einer Liste mit ausgewählten Internetadressen (Linkliste unter: <http://www.paed.ws.tum.de/aktuell/linkliste.htm>).

Der Schwerpunkt des ersten Vortrages mit dem Thema „Multimediales Lernen“ lag in der Beschreibung und Klassifizierung unterschiedlicher Arten von Lern- bzw. Unterrichtsprogrammen. Michael Vögele stellte unterschiedliche Programmvarianten vor und ging auf die Merkmale und Kennzeichen ein. Dabei wurden auch Einsatzmöglichkeiten im beruflichen Unterricht skizziert. Anschließend nahm er eine Einschätzung von Chancen und Möglichkeiten bzw. Risiken und Grenzen eines multimedialen Lernens vor.

Im Anschluss daran stellte Michael Adler Grundlagen und Konzepte eines telekommunikativen Lernens vor. Im Gegensatz zu einem multimedialen Lernen, bei dem eine Lernsoftware im Mittelpunkt steht, handelt es sich beim telekommunikativen Lernen um eine Lernform, bei welcher der Informationsfluss bzw. die Kommunikation mit Hilfe telekommunikativer Techniken wie zum Beispiel Email, Chat oder Videokonferenz erfolgt. Adler stellte sechs unterschiedliche telekommunikative Lernformen vor und beschrieb jeweils die Vor- und Nachteile. Ein Resümee seines Vortrages war, dass trotz aller Möglichkeiten ein telekommunikatives Lernen einen Präsenzünterricht nicht ersetzen kann.

Die Ergebnisse dieser beiden Vorträge wurden von PD Ralf Tenberg zusammengefasst. Dabei wechselte er von der Perspektive der Medien-

seite auf die Unterrichtsseite. Unter dem Titel „Didaktische Implikationen“ ging er der Frage nach, welche Aspekte für den Einsatz von Multimedia und Telekommunikation im beruflichen Unterricht zu beachten sind. Tenberg stellte fest, dass sich diese Medien insbesondere für schülerorientierte oder handlungsorientierte Unterrichtskonzepte eignen.

Nach den drei Vorträgen und einer Diskussionsphase hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, multimediale und telekommunikative Angebote selbst zu testen. Auf insgesamt zehn Arbeitsstationen waren unterschiedlichste Programme installiert. So konnten die Lehrerinnen und Lehrer ihr betriebswirtschaftliches Geschick in der Unternehmenssimulation „Der Manager im Handelsbetrieb“ unter Beweis stellen, spielerisch physikalische Grundlagen mit dem Programm „Physikus“ erarbeiten, das Internet mit dem Lernprogramm „Internet und WWW“ kennen lernen oder Unterrichtsbeispiele aus dem Modellversuch „Multimedia und Telekommunikation“ begutachten. In einem Fragebogen sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Programme beurteilen und die Eignung für den Unterricht einschätzen. Diese Einschätzungen wurden im Anschluss vorgestellt und teilweise kontrovers diskutiert (Beispielprogramme unter: <http://www.paed.ws.tum.de/aktuell/lernprogramme.htm>).

Nach der Mittagspause stellte PD Ralf Tenberg die wichtigsten Ergebnisse der im Rahmen des Modellversuchs durchgeführten Gesamt-

evaluation vor. Dabei wurden 19 Unterrichtskonzepte aus verschiedenen Berufsfeldern untersucht. Diese wurden von den 253 befragten Schülerinnen und Schülern insgesamt positiv beurteilt. Über alle Konzepte hinweg zeigt sich, dass der Einsatz von Multimedia und Telekommunikation zumeist zu einem schüleraktiven und selbstgesteuerten Unterricht führt, bzw. schüleraktive Lernformen voraussetzt. Tenberg stellt auch fest, dass die Verbreitung der ‚neuen‘ Medien im Unterricht die Fähigkeit des Pädagogen erfordert, schülerorientiertes Arbeiten sinnvoll und effizient zu planen, zu gestalten und zu betreuen. Beim Einsatz der neuen Medien muss immer eine kompetenzorientierte Perspektive im Vordergrund stehen, die auf einen Wissenserwerb zielt.

Neben dieser umfassenden Gesamtstudie wurden im Rahmen des Modelversuchs zwei Unterrichtskonzepte intensiv untersucht. Das erste Konzept stellte Michael Adler vor. An der Technikerschule in München wird seit dem Schuljahr 1997/98 ein Online-Kurs zu UNIX angeboten. In diesem optionalen Angebot sollen die Schüler Grund-

kenntnisse dieses Betriebssystems erwerben und sie praktisch an einem Übungsrechner anwenden (Onlinekurs unter: <http://onlinekurse.tsm.musin.de>). Durch unterschiedlichste methodische Zugänge (z. B. logfile-Analyse, verschiedene Befragungen und Analyse der Telekommunikation) wird das Vorgehen der Kursteilnehmer intensiv beobachtet. Die Untersuchung dieses Unterrichtskonzeptes erlaubt Rückschlüsse auf die Gestaltung und Betreuung ähnlicher telekommunikativer Lernangebote.

Der letzte Vortrag des Tages beschrieb ein Unterrichtskonzept an der Städtischen Berufsschule für Kommunikationselektronik in München. Die Schülerinnen und Schüler des Ausbildungsberufes IT-Systemelektronikerin / Systemelektroniker stellen in dem Lernfeld „Einfache IT-Systeme“ die Belegschaft eines lernenden Unternehmens dar. In dieser Modellfirma sollen technische und betriebswirtschaftliche Grundlagen in dem geschäftsprozessorientierten Unterricht integrativ vermittelt werden. Die für das Bearbeiten eines Arbeitsauftrages benötigten Lerninhalte müssen von den Schülern selbstständig mit Hilfe einer multi-

medialen Unterrichtssoftware erarbeitet werden. Das heißt, dass in diesem Unterrichtskonzept die ‚neuen‘ Medien sowohl Lerngegenstand, als auch Medien zur Vermittlung der Informationen sind. In der Untersuchung, die von Michael Vögele durchgeführt wurde, werden neben dem Unterrichtskonzept vor allem die individuellen Lernwege der Schülerinnen und Schüler bei der Erarbeitung der Lerninhalte mit Hilfe einer Unterrichtssoftware betrachtet. Viele der dabei gewonnenen Ergebnisse lassen sich allgemein auf einen computerunterstützten Unterricht übertragen (weitere Informationen unter: <http://www.lrz-muenchen.de/~andina/>).

Aufgrund der positiven Rückmeldungen zu beiden Veranstaltungstagen und dem hohen Nachfrageinteresse finden im Frühjahr 2002 erneut Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen am Lehrstuhl für Pädagogik der Technischen Universität München statt.

Hinweis:

- Informationen bzw. Impressionen zu dieser Fortbildungsveranstaltung finden sich im Internet unter: <http://www.paed.ws.tum.de>

ALP Dillingen:

Festival der Sprachen

**Lehrgang 60/329 vom
13.07. - 14.07.2001**

Das Jahr 2001 ist als 'Europäisches Jahr des Sprachenlernens' ausgerufen.

Die Akademie veranstaltet in diesem Zusammenhang ein zweitägiges Sprachenfestival, das sich an interessierte Fremdsprachenlehrer/innen aus allen Schularten wendet (einschließlich des Faches Deutsch als Zweitsprache), die neue Wege in den Bereichen des Lehrens und Lernens von Fremdsprachen einschlagen wollen, die interessante und gelungene Projekte im Bereich Fremdsprachen vorstellen können bzw. sich mit Impulsen in Richtung 'Innerer Schulentwicklung', ausgehend vom Fremdsprachenunterricht, auseinander setzen wollen.

In Symposien, Präsentationen und Workshops soll die gesamte Bandbreite neuester Entwicklungen im Fremdsprachenunterricht behandelt werden, u.a. autonome Formen des Fremdsprachenlernens, Einsatz des Computers und des Internets, Methodenlernen, bilingualer Unterricht, etc. Umrahmt wird die Veranstaltung von einem unterhaltsamen Teil.

Zielgruppe: Lehrkräfte der Fächer Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Russisch, Latein, Griechisch sowie Deutsch als Zweitsprache.

Das Festival wird von Staatsministerin Monika Hohlmeier am Freitagnachmittag, 13. Juli, eröffnet.

Landesverband

Bayerischer Wirtschaftsschultag 2001 in München:

Die Bayerische Wirtschaftsschule — Garant für Erfolg in der Wirtschaft und im Leben

SYBILL MOLDENHAUER/
BERNHARD ZELLER

Unter diesem Motto veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Wirtschaftsschule in diesem Jahr zum 7. Mal den Tag der Bayerischen Wirtschaftsschulen. Die Direktion des Arbeitsamtes München stellte den Ausrichtern das komplette Berufsinformationszentrum (BIZ) mit all seinen Räumlichkeiten zur Verfügung. 700 Gäste fanden unter diesem Dach Platz – ein Ansturm von Gästen, der außergewöhnlich war. Lehrer, Eltern und Schulleiter demonstrierten öffentlich ihr Engagement für die Wirtschaftsschule. Vertreter von Verlagen, Softwarehäusern und anderen Unternehmen stellten im Foyer aus und unterstützten die Veranstaltung mit der Bühnentechnik. Erstmals beteiligten sich Firmen wie Siemens und die Deutsche Telekom an der Gestaltung eines Arbeitskreises zum Thema Fortbildung, die BMW Group war durch

den Leiter für Personalentwicklung, Dr. Ludwig Reichart, im Rahmen der Podiumsdiskussion vertreten.

Die Gäste wurden auf der Hauptveranstaltung mit dem Song „Wir steigern das Bruttosozialprodukt“, gesungen von Schülern der Sabel Wirtschaftsschule, eingestimmt.

Schulqualität kommt durch Schulentwicklung

Anschließend überbrachte der Amtschef des Kultusministeriums, Ministerialdirektor Josef Erhard, die Grüße der Ministerin Monika Hohlmeier und des Staatssekretärs Karl Freller. Nach wie vor sieht das Kultusministerium die Wirtschaftsschule als einen wichtigen Bestandteil der bayerischen Schullandschaft an. Das bestätigte auch die insgesamt wieder leicht gewachsene Schülerzahl, die im jetzigen Schuljahr 22177 betrug. Gerade die Verknüpfung von allgemeiner und beruflicher Bildung – der praxisbezogene und handlungs-

orientierte Unterricht sowie die informationstechnische Bildung mache die Wirtschaftsschule so attraktiv.

Erhard ging auf die positiven Ergebnisse durch die Änderung der Wirtschaftsschulordnung ein, die neben der Einführung der zweistufigen Wirtschaftsschule auch eine Reihe von Anpassungen an aktuelle Erfordernisse gebracht habe. Pädagogische Freiheiten für die einzelne Schule wurden wesentlich erweitert, die Unterrichtsorganisation kann freier gestaltet werden.

Gleichzeitig stellte er fest, dass eine Steigerung der Unterrichtsqualität nicht allein durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen, durch bessere Lehrpläne, durch eine aufwendigere Sachausstattung oder durch niedrigere Klassenstärken zu erreichen sei. Hier ist in erster Linie die Schule selbst in die Pflicht genommen. „Schulqualität wird durch Schulentwicklung verbessert!“ betonte er. Ein Prozess, eine Daueraufgabe für jede Schule. Qualitätsverbesserungen sind in drei großen Feldern denkbar:

1. Im Unterricht, durch z. B. gezieltes methodisches Training der Lehrkräfte.
2. Im Bereich der Zusammenarbeit, der Teamfähigkeit des Personals. Schule stelle sich als „Lernende Organisation“ dar. Die Bereitschaft zur Öffnung gegenüber den Veränderungs- und Anpassungsprozessen, vor allem der beruflichen Umwelt gegenüber müsse vorhanden sein.
3. Im Bereich des Schulmanagements, wobei ein gutes Schulmanagement das Gegenteil von Bürokratie bedeuten sollte. Bewusste Entwicklung der einzelnen Schule könne nicht einfach „von oben“ verordnet werden. Vielmehr solle jedes Kollegium aufgrund seiner Möglichkeiten und seiner selbst bestimmten Ziele einen individuellen Weg gehen.

Wirtschaftsschulpreis 2001

Im Rahmen des Wirtschaftsschultages wurde vom 1. Vorsitzenden der Landeselternvereinigung der öffentlichen Wirtschaftsschulen in Bayern e.V.,



Aufmerksame Zuhörer fand MDir Josef Erhard bei der Eröffnung des Bayerischen Wirtschaftsschultages.



Die Sieger des Bayerischen Wirtschaftsschulpreises 2001: Staatliche Wirtschaftsschule Bad Windsheim.

Manfred Drescher, der Wirtschaftsschulpreis 2001 feierlich überreicht. Eine für die Jury nicht ganz einfache Aufgabe, da die eingereichten Unterlagen praktisch aller Schulen eine Fülle von Initiativen – vor allem der Schüler der jeweiligen Schulen – aufwiesen.

Deshalb erhielten einen Sonderpreis in Höhe von jeweils 250,00 DM:

- Städtische Wirtschaftsschule Erlangen; Privatschule Ingolstadt; Paul-Gerhardt-Schule, Kahl am Main und
- Private Wirtschaftsschule Oberland, Peißenberg.

Den Wirtschaftsschulpreis in Höhe von 1000 DM erhielt die Staatliche Wirtschaftsschule Bad Windsheim, welche 3 Projekte eingereicht hatte, wobei das Projekt „Jiddisch-Workshop“ – ein „Projekt des friedlichen Miteinanders und der Völkerverständigung“ schon allein diesen Preis verdient hätte. Es wurde in Zusammenarbeit mit einem Musiker und anderen Schulen realisiert und erhielt bereits den Preis der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Die deutsch-israelische UNESCO-Kommission nahm sich ebenfalls dieses Projektes an und führte ein Abschlusskonzert unter ihrer Schirmherrschaft durch.

PARTNER: Schule und Wirtschaft

Bayern vorbildlich – Schule und Wirtschaft müssen sich gegenseitig als Partner unterstützen. Das zeigte der 7. Bayerische Wirtschaftsschultag am 24. März 2001 ganz deutlich.

Gastreferent Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft, bestätigte den bayerischen Wirtschaftsschulen, sie seien auf dem richtigen Weg, indem sie neben einer fundierten Allgemeinbildung eine berufliche Grundbildung vermittelten. Neben den allgemeinbildenden, sind berufsbezogene Fächer wie Betriebswirtschaft, Rechnungswesen, EDV, Textverarbeitung, Betriebskommunikation, Englisch mit starkem Wirtschaftsbezug und vor allem Übungsfirmenarbeit in anderen Schultypen nicht zu finden.

Schule und Wirtschaft müssen bewegen

„Bildung ist wieder ein Thema. Die Zeitungen sind voll davon. Reden werden gehalten, Kongresse finden statt. Bildung wird zum Wahlkampfthema, Standortfaktor. Aber es bewegt sich wenig. Zum Thema müssen Taten folgen.“



Gastreferent Mario Ohoven

Diese Thematik wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion aus den verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Es diskutierten: Regina Pötke, Stiftung Bildungspakt Bayern; Dr. Ludwig Reichart, BMW Group; Mario Ohoven, Bundesverband mittelständische Wirtschaft; Frank Heidrich, Sponsorenbörse; Bernhard Zeller, Arbeitsgemeinschaft Bayerische Wirtschaftsschule und Klemens Brosig, VLB.

Den Klagen der Wirtschaftsvertreter über die mangelnde Qualifikation von Auszubildenden folgt die Forderung nach Verbesserung des Unterrichts. Ein wichtiger Ansatz in diese Richtung ist der von MDir Erhard bereits erwähnte Weg der Schulentwicklung. Allerdings sind die Rahmenbedingungen – aus Sicht der Vertreter der Schulen – nicht ausreichend, denkt man vor allem an die Situation der Lehrkräfte vor Ort. Beispiele sind die mangelhafte Ausstattung unserer Wirtschaftsschulen mit Anrechnungsstunden (Systembetreuer), die gestiegenen erzieherischen Herausforderungen aufgrund geänderter gesellschaftlicher Verhältnisse, das hohe Durchschnittsalter der Lehrkräfte, der Lehrkräfte- und Geldmangel.

Gerade hinsichtlich des letzten Punktes könnten Partner aus der Wirtschaft helfen. Leider zeigte sich bislang, dass der gute Wille zur Zusammenarbeit und zur Unterstützung von Seiten der Wirtschaft sich viel zu wenig in konkreten Maßnahmen niederschlägt. Einen Vorschlag, Sponsoren zu finden, erläuterte Frank Heidrich. Er verwies auf die Homepage der Sponsorenbörse.

Mario Ohoven trug vor, dass die Initiativen von Seiten der Wirtschaft häufig bei Schulen und Schülern auf Vorurteile stoßen. Besuche in Schulen zeigten dies oft durch Schüleräußerungen, die unreflektiert negative Haltungen gegenüber Unternehmen ausdrückten. Wirtschaftsschulen wurden, nach Intervention, von dieser Aussage zwar ausgenommen und der starke Praxisbezug noch mal hervorgehoben.

Schließlich einigte man sich darauf, dass Schule und Wirtschaft im gegenseitigen Interesse aufeinander

zu gehen müssen. Innehalten bedeutet Stillstand. Probleme sind nicht auszusetzen – Schule und Wirtschaft müssen bewegen.

Die Diskussion wurde von den Beteiligten mit Sachkenntnis aber auch mit starkem emotionalen Engagement geführt. Wie brisant das Thema war, zeigte auch die Resonanz beim Publikum, das sich nicht scheute, sich in die Diskussion „einzumischen“. Hier hatte der Moderator, Rundfunkjournalist Uwe Gürtler, große Mühe, das ihm gesetzte Zeitlimit einzuhalten.


Run auf die Arbeitskreise

In 13 fachbezogenen Arbeitskreisen, die sich auf zukunftsorientierte pädagogische Inhalte konzentrierten, erhielten die teilnehmenden Lehrer

aus ganz Bayern im Anschluss an die Eröffnung und Podiumsdiskussion aktuelle Informationen. Der angebotene Themenkatalog war groß – der Ansturm auf die Arbeitskreise Rechnungswesen, Betriebswirtschaft, Englisch, Textverarbeitung und Projektarbeit außergewöhnlich hoch.

Die große Nachfrage ist sicherlich vor allem auf die neu gestalteten Lehrpläne und Abschlussprüfungsformen an Wirtschaftsschulen zurückzuführen. Es wird dann z. B. die Prüfung im Fach Rechnungswesen (ab 2002) durch die Hereinnahme eines praktischen Teils (Finanzbuchhaltung) der am PC zu erbringen sein wird, umgestaltet. Ebenso wird die Einführung der Hörverstehensprüfung im Fach Englisch (ab 2003) zur stärkeren Praxisorientierung

beitragen. Durch das Fach Projektarbeit im neuen Schuljahr werden die Wirtschaftsschulen als erste Schulart ein Fach bekommen, in dem es keinen Lehrplan gibt und in dem durch starke zeitliche Flexibilisierungsmöglichkeiten völlig neue Perspektiven eröffnet werden. Es sind hier fast alle Inhalte denkbar, Ziel ist jedoch die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und die Förderung von Handlungskompetenz.

Hier nochmals der Dank an alle Leiter und Referenten der Arbeitskreise, ohne deren Engagement dieser Tag nicht so erfolgreich geworden wäre. Mehr zu den Inhalten können Sie demnächst in der Dokumentation zum Tag der Bayerischen Wirtschaftsschule entnehmen. 

Fachtagung in München zum Thema IT-Berufe:

Nur in Kooperation ist Ausbildung auf hohem Niveau möglich

HEIKO POHLMANN

Unter dem Motto „IT-Berufsschule als dualer Partner – innovativ, kompetent und kooperativ“ hatte der VLB in Zusammenarbeit mit der Ausbildungsabteilung der Firma Siemens und der Städtischen Berufsschule für Kommunikationstechnik München, Bergsonstraße, zu einer Fachtagung in die genannte Schule eingeladen. „Eine gelungene Veranstaltung, bei der sich alle getroffen haben, die in und um München Rang und Namen in der beruflichen Bildung haben“, so ein Teilnehmer am Schluss.

Und so war es denn auch wirklich, etwa 300 Teilnehmer waren gekommen und konnten einen hervorragenden Einblick in Unterrichtsbeispiele in Berufen der Informationstechnik und Telekommunikation, kurz IT-Berufe, und die Darstellung des Unterrichts aus der Sicht der Auszubildenden bekommen. Entstanden war die Idee zu einer solchen Veranstaltung in einem Gespräch zwi-

schen Karl-Heinz Peters, dem Leiter der Ausbildung Süd und Südwest der Siemens AG, und Heiko Pohlmann, dem Referenten für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung im VLB.

In seiner Begrüßung stellte Schulleiter Heinz-Georg Tillman dar, dass an seiner Schule traditionelle Elektroberufe gewichen seien und nunmehr 1600 Schüler in 63 Klassen in der Informations- und Telekommunikationstechnik beschult würden.

Neue Fachrichtung für das Lehramt an beruflichen Schulen nötig

VLB-Landesvorsitzender, Hermann Sauerwein, führte in einem Kurzreferat in das Tagungsthema ein. Allein die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge im IT-Bereich und die jährlichen Steigerungsraten belegen, dass diese neuen Berufe gut ankommen, so der Landesvorsitzende. Durch das Bündnis für Arbeit, Ausbildungs- und Wettbewerbs-

fähigkeit wurden ca. 60.000 Ausbildungsplätze für den IT-Bereich angestrebt. Glaubt man den Hochrechnungen, so scheint dies kein Problem zu sein.

Sauerwein stellte fest, dass der Praxisschock bei der Einführung der neuen Berufe – die Rahmenpläne kamen erst kurz vor Schulbeginn bei den Schulen an – beträchtlich war. Je erfolgreicher die IT-Berufe sind, desto schwieriger werde die Personalsituation in den Berufsschulen: es fehlen schlichtweg die Lehrer. Die inhaltliche „Richtschnur“ in Form von Prüfungsaufgaben lag bei der Einführung nicht vor. Die Verunsicherung bei den Auszubildenden, Ausbildern und Lehrern war also riesengroß. Als der Schock überwunden war, kam die nächste Enttäuschung: Die erste Zwischenprüfung ging voll daneben. Die erste Abschlussprüfung im Teil B erfüllt die Erwartungen nicht, die Proteste der Prüflinge und der Lehrkräfte steigerten sich, da die gestellten Auf-

gaben nicht ganzheitlichen Geschäftsprozessen entsprachen wie dies die Prüfungsordnung vorsieht. Als vorläufige Schlussfolgerungen für die Einführung neuer Berufe gelten:

- Die Beschleunigung der Erarbeitungs- und Abstimmungsverfahren bei der Gestaltung neuer Ausbildungsberufe geht auf Kosten der Qualität.
- Es muss eine Umsetzungs- und Veröffentlichungsstrategie entwickelt werden, in deren Rahmen Betriebe, Schulen und Schulträger, Kammern und Berufsberatung informiert und in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzukommen.
- Die bisherigen Berufsschulstrukturen sollten in Richtung Kompetenzzentren weiterentwickelt werden.

Wesentlicher Punkt in den Ausführungen der Landesvorsitzenden war, dass die Ausbildung des Berufsschullehrernachwuchses mit den herkömmlichen – in der Regel an Berufsfeldern und Zweitfächern orientierten Studiengängen – an den Universitäten für diesen Bereich nicht mehr zeitgemäß erscheint.

Vorschläge des VLB bezüglich einer neuen Ausbildungsrichtung für das Lehramt an beruflichen Schulen, z. B. Informationstechnik, werden zur Zeit heftig diskutiert und sind in der Endphase der Umsetzung. Aber auch die bisherig bewährten Studiengänge müssen inhaltlich fortentwickelt werden. So weit Sauerwein zum Thema: Lehrerbildung.

Die Wichtigkeit dieser Aussagen verdeutlichten die zwei Unterrichts-

beispiele von Achim Altenweger und Klaus Nußbaumer, Referendare der Fachrichtung Elektrotechnik, die erst von ihrem Seminarlehrer in die Thematik dieser Berufe eingeführt wurden. Überzeugend und klar verständlich stellten sie ihren Unterricht in IT-Klassen zur Arbeit mit „Pivot-Tabellen“ und „Meta-Tags“ im Rahmen kleinerer Projekte dar. Getreu dem Satz von Murphy „Wenn man es begriffen hat, ist es schon veraltet.“ stellte danach einer der beiden Referenten fest, dass diese hier vorgestellte Version jetzt bereits veraltet sei, da es inzwischen eine neue gäbe, Stillstand im IT-Bereich also einen echten Rückschritt bedeute. Daher müsse die fachliche Unterrichtsplanung laufend den neuen Gegebenheiten angeglichen werden.

Dass auch ältere Lehrer sich durchaus erfolgreich in diese Materie einarbeiten können, bewies die Darstellung zum Projektmanagement in IT-Berufen von Peter Kanzler und Gerold Reichpietsch, beide Lehrer an der Münchener Berufsschule für Kommunikationstechnik.

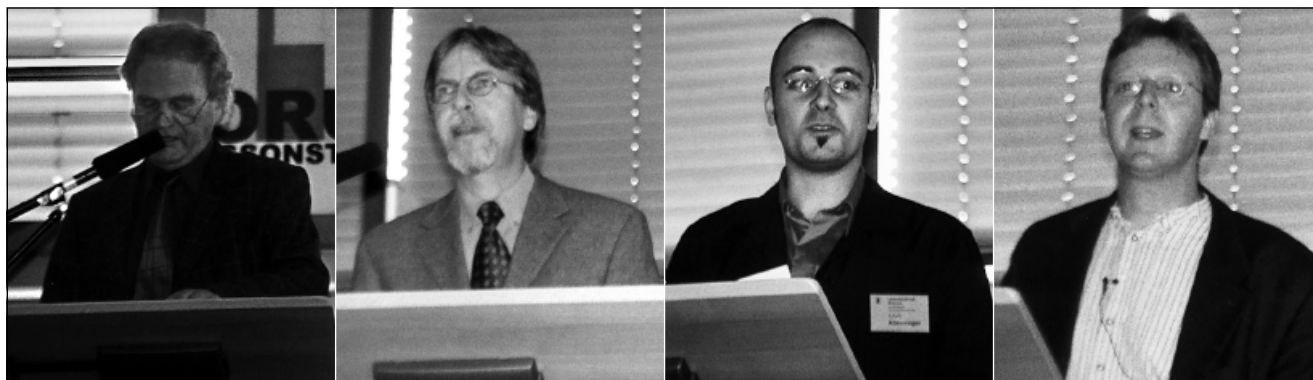
Die anschließende Pause mit Stehimbiss regte zu heißen Diskussionen und zum Nachdenken an, zumal viele Teilnehmer an der Fachtagung auch von den Universitäten nicht mit so intensiver Arbeit in der Berufsschule gerechnet hatten.

Erfahrungen der Schüler bei der Ausbildung in den IT-Berufen

Siemens-Ausbildungsleiter Karl-Heinz Peters unterstrich in seinem Beitrag die Wichtigkeit der Kooperation von Betrieb und Schule gerade im IT-Bereich, da nur dadurch die Ausbildung auf hohem Niveau gehalten werden könne.

Aus der Sicht seines Unternehmens, so Peters zunächst, werden die IT-Berufe weiter eine hohe Bedeutung behalten. Dies gelte auch quantitativ, da im Jahre 1997 bei Siemens in ganz Deutschland nur 200 Auszubildende eingestellt worden seien, im Jahre 2001 aber 1100 Neueinstellungen in der Berufsausbildung vorgesehen sind. Dieser Trend werde aber auch aus qualitativen Gründen anhalten, da das Dienstleistungsgeschäft an Hard- und Software boome und genau in diesem Feld die neuen IT-Berufe zu Hause seien.

Mit überwältigendem Beifall wurden die Auszubildenden der Firma Siemens, des dualen Partners in den IT-Berufen bedacht, die gleichzeitig Schüler der Berufsschule für Kommunikationstechnik sind. Sie hatten ihre Erfahrungen als Schüler in den IT-Berufen in mehreren Sketchen vorgestellt. Eindrucksvoll verdeutlichten sie, dass die methodische Gestaltung des Unterrichts, in dem in Projekten und in Gruppen Probleme gelöst werden, erheblich effektiver als andere Unterrichtsformen sind. Diese neue Unterrichtsmethode ist zudem – so die Schüler – noch interessanter, weil sie sich mit Hilfe des Lehrers Sachzusammenhänge selbst erarbeiten können. Bei dieser Unterrichtsgestaltung gibt es sicher keine „Schulkrise“ und die Lehrtätigkeit wird nicht zu einem „Höllensjob“ (Titelbild FOCUS, 15/2001). Grundlage dafür könnte eher der Unterricht sein, in dem der Lehrer seinen „Stoff“ uninteressierten Schü-



Die Redner der Veranstaltung von links: VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein, Siemens-Ausbildungsleiter Karl-Heinz Peters, Achim Altenweger und Klaus Nußbaumer. Fotos: Heiko Pohlmann



Keine Schulkrise – kein Höllenjob, Siemens-Azubis demonstrieren neue Unterrichtsformen.

lern vorträgt. Diese beiden Formen stellten die Schüler eindrucksvoll gegenüber.

In der Abschlussdiskussion machte Heiko Pohlmann deutlich, dass die

Lehrerversorgung gerade in den beruflichen Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik in den nächsten Jahren nicht mehr gesichert sei. Das Zweitfach „Informationstechnik“, die

Sondermaßnahme in den IT-Berufen für Absolventen eines Universitätsstudiums mit mehrjähriger Berufserfahrung und die Werbekampagnen des VLB sind dafür nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“, wie Günther Hohlweg, Ausbildungsleiter der Siemens AG für Deutschland feststellte.

Wie hatte doch Karl-Heinz Peters in seinem Statement richtig festgestellt: „Der Gesetzgeber hat sich bei der Einführung der neuen IT-Berufe bewusst für das duale System, die Kooperation von Berufsschule und Betrieb entschieden, um den Geschäftsprozess dieser Technologie zu gewährleisten.“ Die Fachtagung hat gezeigt, dass nur mit diesem Auftrag, der an die dualen Partner gerichtet ist, und der lautet: innovativ, kompetent und kooperativ ausbilden – gute Erfolge erzielt werden können.

Bezirks- und Kreisverbände

BV Unterfranken/KV Würzburg

Medienaktion zur Schadensbegrenzung an Würzburgs beruflichen Schulen

Nachdem die Gespräche zur Sanierung des Stadtetats, die die Würzburger Abordnung mit der Bayerischen Staatsregierung führte, nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt haben, soll ein Einstellungsstopp für Lehrer der Stadtkasse Entlastung verschaffen. Da die Belange unserer Kollegen vor Ort hiervon in schwerwiegender Weise betroffen sind, initiierten die Vorsitzenden des Kreis- und des Bezirksverbandes, Siegfried Nees und Wolfgang Lambl, ein Pressegespräch mit Vertretern regionaler Medien, um auf die prekäre Situation an den Würzburger beruflichen Schulen aufmerksam zu machen. Eingeladen waren neben der unterfränkischen Presse auch die Süddeutsche Zeitung sowie die Lokalsender Radio Gong und Charivari. Letztere

Berufsschullehrer kritisieren rigorose Personalpolitik der Stadt

Werden berufliche Schulen bald zu „Altenheimen“?

FRAUENLAND (PW)

„Einen Uhrmacher kann man nicht durch einen Bäcker ersetzen.“ Auf diesen einfachen Nenner bringt Siegfried Nees, Würzburger Kreisvorsitzender des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen (VBL) die Probleme, die an den städtischen Berufsschulen durch den vom Stadtrat beschlossenen Einstellungsstopp für Lehrer entstehen.

Denn: Berufsschullehrer sind Spezialisten für einen bestimmten Fachbereich. Wenn ausscheidende Lehrkräfte nicht ersetzt werden, „dann bekommen wir große Schwierigkeiten, unsere Aufgaben zu erfüllen“, sagte Nees am Dienstag bei einer Pressekonferenz in der Franz-Oberthür-Schule.

Etwa die Hälfte der rund 800 von der Stadt beschäftigten Lehrer sind an beruflichen Schulen tätig. An der Oberthür-Schule (Städtisches Berufsbildungszentrum I) werden aktuell neun Fachlehrkräfte benötigt. Der Umfang und die Qualität des Unterrichts ist nach Ansicht der VBL-Vertreter dadurch konkret

gefährdet.

Der Stadtrat solle daher seine Entscheidung noch einmal überdenken, fordert der unterfränkische VBL-Bezirksvorsitzende Wolfgang Lambl: „An den beruflichen Schulen muss bei jeder frei werdenden Stelle im Einzelfall überprüft werden, ob der Unterricht noch machbar ist.“

Man dürfe in Würzburg die Haushaltsprobleme, „die dadurch entstehen, dass man sich ein Dreisparten-Theater leistet“, nicht mit den Schullasten verquicken, so Lambl weiter. Er befürchtet durch eine allzu rigorose Personalpolitik an den Berufsschulen auch eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes Würzburg: „Das kann doch nicht im Sinne des Oberbürgermeisters und des Stadtrats sein.“

Als Folge des Einstellungsstopps sehen die VBL-Vertreter in einigen Jahren eine Überalterung der Lehrerkollegien voraus. An der Franz-Oberthür-Schule liegt der Altersdurchschnitt des Lehrpersonals laut Lambl schon jetzt weit über 50 Jahre: „Bald wird der Spruch vom

Altenheim an Würzburgs Schulen die Runde machen.“

Sinnvolle Einsparungen

Dadurch entsteht auch ein Defizit bei der Personalkostenersatzung durch den Freistaat Bayern. Erstattet werden nämlich die Kosten für einen fiktiven 35-jährigen Lehrer der Besoldungsgruppe A14. Weil der Altersdurchschnitt und damit auch die Personalkosten in Würzburg erheblich höher liegen, kann die Stadt gar keine kostendeckende Erstattung erhalten. Durch einen Einstellungsstopp werde dieses Problem aber nicht gelöst, sondern „von Jahr zu Jahr schlimmer“, sagte Siegfried Nees.

Die Verstaatlichung der Schulen wäre nach seiner Ansicht eine Lösung, „vor allem für die berufliche Oberstufe, die am teuersten ist.“ Als kurzfristige Maßnahme wäre zumindest in größeren Fachbereichen eine Erhöhung der Klassenstärke denkbar. Natürlich wehrene man sich nicht gegen Einsparungen, betonte Nees: „Sie müssen aber auch sinnvoll sein.“

berichteten wie auch die Regionalausgabe des Bayerischen Rundfunks u. a. über Interviews mit den beiden Vorsitzenden und verschafften so deren Ansichten und Forderungen rechtzeitig vor der Haushaltssitzung des Würzburger Stadtrates ein angemessenes Forum. Aus der Perspektive

unseres Verbandes – und anderer Beobachter auch – kann es demnach nicht angehen, dass wegen der schon länger andauernden Finanzierungs-Querelen zwischen Stadt, Landkreis und Freistaat eine Situation geschaffen wird, die geeignet ist, eine wenn auch nicht ganz opti-

male, so aber eine weitgehend intakte Berufschulstruktur zu demonstrieren. Und nichts anderes geschähe auf Dauer, wenn der Einstellungsstopp wie angekündigt umgesetzt würde.

Denn dadurch würden nicht nur die Auszubildenden, sondern auch (potentielle) Ausbildungsbetriebe und die Lehrer an den entsprechenden Schulen für eine Politik büßen müssen, die ihre Ursachen abseits dieses Sachgebietes hat. In der Konsequenz werden hier also „Unschuldige“ dafür bestraft, dass die Beteiligten – aus welchen Gründen auch immer – sich nicht genügend auf einander zu bewegen.

Der Schaden, der bei einem derartigen Vorhaben – sollte es umgesetzt werden –, vorprogrammiert ist, ist nur schwer wieder gut zu machen.

Deshalb, und weil das Problem der Finanzierung kommunaler Schulen ein längerfristiges, auch für andere bayerische Städte früher oder später virulentes Problem werden kann, sollte der VLB auch auf höchster freistaatlicher Ebene aktiv werden, um eine dauerhaft fruchtbare Lösung anzuregen. Vieles spricht dafür, dass dies in Form einer Übernahme städtischer beruflicher Schulen durch den Staat geschehen könnte. Doch auch andere hilfreiche und kreative Vorschläge sind willkommen.

Herbert Geiger

BV Unterfranken

Gedankenaustausch mit dem Berufsausbilderverband (BAV)

Diesmal hatte BV-Vorsitzender Wolfgang Lambl als besonderen Beitrag zur inhaltlichen und kommunikativen BV-Arbeit die Bezirksvorsitzenden des Berufsausbilderverbandes (BAV) nach Würzburg eingeladen.

Daraufhin kamen vom Untermain Willy Karl für den Bereich Aschaffenburg-Miltenberg, aus Schweinfurt Adolf Braun für die Region Rhön-Grabfeld sowie für Würzburg Waldemar Schneider zum offenen Gedankenaustausch über aktuelle

Themen. Da wurde zunächst über Erfahrungen und Ergebnisse von „Kobas“-Initiativen in Unterfranken berichtet, bevor Christoph Stumpf in seiner kompetenten, verbindlichen und darüber hinaus auch unterhaltensamen Art letzte Entwicklungen bei der Neuorganisation der Berufsschulen zu Kompetenzzentren vorstellte. Der Trend habe sich demnach gewendet, so dass nun wieder ein stärkeres Augenmerk auf den Erhalt kleinerer „Flächenstandorte“ gelegt werde. Bei Grundschulen habe man nachträglich auch anerkannt, dass kleine Einheiten durchaus ihre Vorteile hätten, und auch Krankenhäuser würden nicht allein, weil sie wahrscheinlich ökonomischer zu betreiben seien, als Großkliniken eingerichtet, sondern auch hier sei Klientennähe als Qualitätsmerkmal erwünscht, so dass man „in der Fläche“ bleibe.

Im Bezug auf die Organisation des Berufsschulunterrichts berichteten die Gäste von einer Mitgliederbefragung zu Block- oder Teilzeitunterricht. Dabei stellte sich heraus, dass von 86 Voten nur 7 für die Beschulung in Blockunterricht sprachen. Man konzidierte auch, dass diese Organisationsform v.a. für leistungsstarke Auszubildende von Vorteil sei.

Schließlich waren sich die Vertreter des BAV und des VLB in den wichtigsten Fragen zur Zusammenarbeit einig, z.B. darüber, dass beide Partner des dualen Systems die Lernortkooperation gleichberechtigt weiter vertiefen sollten. Insbesondere bezüglich der Berufsabschlussprüfungen nach neuem Modell herrschte

zwischen beiden Vertreter-Gruppen Konsens, dass nämlich „die betriebliche und die schulische Verantwortung im Rahmen“ derselben gestärkt werden müsse. Als öffentlich-rechtliches Verfahren mit bundesweit vereinheitlichten Standards seien diese Prüfungen zu erhalten, wobei sie allerdings künftig aus drei Bestandteilen zusammengesetzt sein sollten:

- aus der Teilprüfung I, der bisherigen Zwischenprüfung (die damit eine beiderseits gewünschte Aufwertung erführe),
- aus der fachpraktischen/fachspezifischen Prüfung sowie
- aus den in der Berufsschule erzielten Leistungen.

Alle drei müssten erfolgreich absolviert werden.

In kurzen präzisen Ausführungen wies die VLB-Referentin für Fachlehrer, Dorothea Helbig, auf spezifische Probleme aus ihrem Ressort hin. Sie beklagte u. a. das „Sterben“ der Fachakademien für Handarbeit und Hauswirtschaft sowie zum wiederholten Male die miserable Besoldung der Anwärter, stellte die reformierte Fachlehrerausbildung vor und forderte die Option zum Erwerb der Hochschulreife für deren Absolventen.

Nach der eher routinemäßigen, nichtsdestotrotz notwendigen Besprechung verschiedener Themen, wie z. B. der neuen Beförderungswartezeiten oder einer Fragebogenaktion über die unterschiedlichen Vergütungen bei Prüfertätigkeit, endete diese Begegnung nach fast drei Stunden fruchtbaren Gedankenaustauschs.

Herbert Geiger



Die Vertreter des Berufsausbilderverbandes und die VLB-Bezirksvorstandschaft.

KV Niederbayern-Ost

Kreisverband zu Besuch bei der Handwerkskammer

Zur ersten Kreisversammlung unter neuer Führung hatte der Kreisverband nach Passau eingeladen. Kreisvorsitzender Josef Sigl konnte erfreulich viele Kolleginnen und Kollegen, sowie Pensionisten von den Berufsschulen der Stadt Passau, den Berufsschulen Vilshofen, Waldkirchen und Pfarrkirchen begrüßen.

Der Hausherr des Bildungszentrums der HWK, Herbert Sailer, erklärte zu Beginn der Besichtigung die Baulichkeiten und die Bildungsangebote der Kammer sowie deren Einzugsbereich, der Niederbayern und die Oberpfalz umfasst. Im Bildungszentrum am Simmerlingweg werden überbetriebliche Kurse und Meisterkurse veranstaltet. Anschlies-

send wurden die Werkstätten der Bereiche Zimmerer, Schreiner und der Kfz-Berufe besichtigt. Bei einem abschließenden Gespräch wurde auf die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Handwerkskammer und Berufsschule hingewiesen. Kreisvorsitzender Sigl wies auf die Wichtigkeit von Kontakten und Informationen hin und bedankte sich mit einem Geschenk bei Sailer.

Im zweiten Teil der Versammlung ging es um Bildungspolitik und Verbandsarbeit. Der stellvertretende Landesvorsitzende Hans Käfler berichtete über die Themen neue Beurteilungsrichtlinien, Kompetenzzentren, Arbeitszeitkonto und Fachschiensferien.

In der Diskussion wurden alle Themen ausführlich behandelt, wobei die bekannten VLB-Standpunkte letztlich breite Zustimmung fanden.

Hans Kovarik

KV Nordschwaben

Kreisversammlung

Nach Nördlingen lud Kreisvorsitzender Jürgen Wunderlich am Ende April zur Kreisversammlung.

In den stilvollen Räumlichkeiten des Hotels Klösterle begrüßte er die Mitglieder seines Kreisverbandes und



Der Referent für Dienstrecht des VLB, Manfred Greubel, und Jürgen Wunderlich, Vorsitzender des KV Nordschwaben.

berichtete über bisherige und geplante Aktivitäten.

Nach dem Kassenbericht von Helmut Strasser erging das Wort an den Gast Manfred Greubel. Dieser referierte in lebendiger und gewohnt kompetenter Art über die Neuerungen im Dienstrecht, wobei er ausführlich und gut verständlich auf die Fragen der Anwesenden einging. Begonnen mit einer Argumentationshilfe auf die Frage, welche Beiträge die Beamten bisher bereits zum Sparen geliefert haben, spannte sich der Bogen von der Altersteilzeit über die Beurteilungsmodalitäten bis hin zur Besoldungsentwicklung.



Doppeltes Jubiläum: Stellvertretender KV-Vorsitzender Josef Kraft und KV-Vorsitzender Jürgen Wunderlich gratulieren Anton Steber, langjähriger Fachbetreuer der Abteilung Nahrung und Chemie an der BS Lauingen, zur 40-jährigen Verbandsmitgliedschaft und zum 65. Geburtstag.

Nach der Ehrung der Jubilare für deren langjährige Mitgliedschaft bzw. zu „runden“ Geburtstagen nahmen zahlreiche Interessierte die Gelegenheit wahr, die kurzweilige Veranstaltung nach dem opulenten Mittagbuffet mit einer wirklich gelungenen Führung durch die geschichtsträchtige Altstadt Nördlingens abzurunden. *Barbara Dilberowic*

KV Oberbayern Südwest und Nordwest

Alle Jahre wieder Spargelessen in Schrobenhausen

Am Freitag, den 22. Juni veranstaltet der KV Oberbayern Nordwest das schon traditionelle Spargelessen für die Pensionärinnen und Pensionäre der beiden Kreisverbände. Als Rahmenprogramm besichtigen wir in Sandizell die Asamkirche und anschließend die dortige Porzellanfabrik (Werksverkauf möglich). Gegen 19.00 Uhr dann das Spargelessen.

Treffpunkt:

15.00 Uhr Berufsschule Schrobenhausen, Michael-Thalhofer-Str. 1 (Nähe Ortseingang).

Für evtl. Rückfragen:

Rudolf Egger, Pensionistenbetreuer der KV Obb. Nordwest /Südwest, Tel/Fax: (0 84 43) 3 94

KV Bamberg-Forchheim

Erheblicher Mangel an Lehrernachwuchs trotz steigender Schülerzahlen

Zu ihrer Jahresversammlung trafen sich die Mitglieder des VLB-Kreisverbandes Bamberg-Forchheim im Hotel Göller, Hirschaid. Als Referentin konnte die stellvertretende Landesvorsitzende des VLB und Hauptpersonalrätin, Ingrid Heckner, gewonnen werden. In ihren Ausführungen sprach sie zu aktuellen The-

menbereichen im beruflichen Schulwesen. Als Schwerpunkte standen der Lehrernachwuchs und die Einrichtung von Kompetenzzentren im Mittelpunkt des Vortrags. Ingrid Heckner trug hier die Standpunkte des VLB vor.

Weiterhin wurde das neue Beurteilungssystem für den öffentlichen Dienst thematisiert. Heckner wies in ihren Ausführungen auf die Chancen und Risiken dieses Beurteilungssystems hin. Jedoch müsse man abwarten, ob das neue Beurteilungssystem als Instrument für eine zielgerichtete, differenzierte, gerechte und motivationsfördernde Mitarbeiterbeurteilung von den Schulleitern auch genutzt wird. In diesem Zusammenhang verwies die Hauptpersonalrätin auf die vom VLB zu dieser Thematik aufgelegte Broschüre.

Im Hinblick auf das modifizierte Versetzungs- und Einstellungsverfahren für Lehrkräfte konnte die Referentin berichten, dass die vom VLB erhobene Forderung, Familienzusammenführung bei der Freigabe durch die Schulleitung zu berücksichtigen, vom Kultusministerium mittlerweile in das Konzept aufgenommen worden ist. Das neue Einstellungsverfahren, bei dem sich Referendare nach ihrer zweiten Staatsprüfung direkt bei einer bestimmten beruflichen Schule bewerben können, führt, was die Erfahrung gezeigt hat, nicht zu einer befürchteten Benachteiligung bestimmter Schulstandorte.

Im Anschluss an den Vortrag wurden in reger Diskussion einige Kernprobleme aufgegriffen und vertieft. Darüber hinaus stand Ingrid Heckner auch für weitere Fragen und

LADAKH: Land des Himalaya 29.7.2001 bis 12.8.2001 Delhi, Leh, Traktok, Chemre, Hemis, Saspol, Alchi, Lamayuru Austrian Air ab MUC, Vollp. Preis ab 3598,- DM VLB	Naturwunder NAMIBIAS: 20.08.2001 – 03.09.2001 Windhoek, Sussusvlei, Sesriem, Swakopmund, Etosha NP, Air Namibia ab MUC, Ü/HP, Preis ab 4598,- DM VLB
BIRMA – Angkor - Bangkok: 27.07.01 – 10.08.01 Yangoon, Mandalay, Bagan, Verlängerung: Angkor, Bangkok Thai ab MUC, HP, Preis ab 3298,- + Verl. ab 1398,- VLB	I N D I E N: Rajasthan: 27.10.2001 – 03.11.2001 Delhi, Agra, Taj Mahal, Fathepur Sikri, Jaipur, Samode Swiss Air ab MUC/FRA, Ü/HP, Preis ab 2298,- DM VLB
KRETA: Im Herzen der Insel 27.10.2001 bis 03.11.2001 Heraklion, Chania, Preveli, Phaistos, Archanes, Lassithi Aero Lloyd ab MUC, Halb. Preis ab 1698,- DM,- VLB	ANDALUSIEN: Maurische Städte, 27.10. – 03.11.2001 Costa del Sol, Malaga, Jerez, Ronda, Sevilla, Cordoba, Granada Iberia ab MUC/FRA, Ü/HP, Preis ab 1498,- DM VLB
Rd. Naturfreunde, Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: (0841) 7 11 44, FAX: 7 76 86, info@naturfreunde-reisen.de	
Herbst 2001: Oman 9 Tg, Ägypten 10 Tg ab 2398,- DM Weihnachten 2001/02: Nord- und Südjemen 12 Tg ab 3398,- DM, Oman 9 Tg, Äthiopien 15 Tg, Fasching 2002: Athen, Barcelona, Istanbul Ostern 2002: Usbekistan, Nepal, Iran, Libyen, Jemen, Syrien-Jorda.-Libanon	

Probleme der Mitglieder Rede und Antwort. Die Veranstaltung endete mit einem gemütlichen Beisammensein und Abendessen. *Bernd Krügel*

Referate und Fachgruppen

FG Hauswirtschaft

Viel Neues in der Berufsfachschule für Hauswirtschaft

Unter diesem Motto veranstaltete die Fachgruppe Hauswirtschaft am Mitte Mai in Würzburg die erste Fachtagung für ganz Franken. Die ehemalige Fachgruppenleiterin, jetzige Referentin für Fachlehrerfragen, Dorothea Helbig, organisierte mit der neuen Fachgruppenleiterin, Andrea Heinzl, ein abwechslungsreiches Programm. Die große Resonanz aus ganz Nordbayern zeigte, dass ein immenser Informationsbedarf bestand. Für das gastgebende Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft und Sozialwesen in Würzburg begrüßte Barbara Kaschkat, stellvertretende Schulleiterin, die Fachkolleginnen. Nach einführenden Informationen über die Fachgruppe für Hauswirtschaft durch Dorothea Helbig referierte Monika Preimel-Endlich von der zuständigen Stelle für Hauswirtschaft bei der Regierung von Mittelfranken in Ansbach zum Thema „Hauswirtschaftliche Praxis an der Berufsfachschule für Hauswirtschaft“. Die neuen Lehrplanrichtlinien und die im Herbst 2000 veröffentlichten Umsetzungshilfen machen Veränderungen in der hauswirtschaftlichen Praxis in Berufsfachschulen nötig. Seit September 2000 liegt dem Ministerium der Entwurf einer fachkompetenten Arbeitsgruppe vor, die versuchte die Intentionen der Umsetzungshilfen und aktuelle pädagogische Begrifflichkeiten in die Vollzugshinweise aufzunehmen. Die Kooperation zwischen Schule und Praxisstätten ist bei der Betreuung in der hauswirtschaftlichen Praxis in Zukunft ver-



Von links: Monika Preimel-Endlich (Zuständige Stelle für die Berufsausbildung in der Hauswirtschaft an der Regierung von Mittelfranken), Dorothea Helbig (Referentin für Fachlehrerfragen im VLB).

stärkt zu fördern. Damit sollen auch die Grundlagen für lernortübergreifende Projekte in der 12. Jahrgangsstufe geschaffen werden.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat das Ministerium noch keine neuen Vollzugshinweise zur hauswirtschaftlichen Praxis veröffentlicht, dabei warten alle Beteiligten seit Monaten auf die Neuregelungen. Preimel-Endlich referierte in der ihr eigenen klar strukturierten und sachbezogenen Art über die wahrscheinlich zu erwartenden Vollzugshinweise. Ihre praxisbezogenen Ausführungen veranschaulichten die Sachverhalte und schufen die Grundlagen für eine sinnvolle spätere Umsetzung zum Nutzen der Schüler und Schülerinnen. Offen und kooperativ versuchte sie die Fragen der interessierten Kolleginnen zu beantworten und ermunterte, nach ersten praktischen Erfahrungen Rückmeldung an die zuständige Stelle zugeben, um spätere Verbesserungen vornehmen zu können. Sie wies darauf hin, dass in der 11. Jahrgangsstufe ein Bericht zur Betreuungsleistung, meist im Privathaushalt, zu erbringen sein wird. Die zu beschreibenden Projekte der 12. Jahrgangsstufe in der hauswirtschaftlichen Praxis können sich auch auf kooperative, lernortübergreifende Projekte von Schule und Betriebe beziehen.

Die Kolleginnen waren der einhelligen Meinung, dass die Anrechnung von bis zu 0,4 Lehrerwochenstunden pro zu betreuender Schülerin kaum ausreicht, um die hauswirtschaftliche Praxis zu betreiben, und eine Aufstockung auf 0,5 Lehrer-

wochenstunden, (entsprechend der BFS für Kinderpflege) dringend angezeigt ist. Die fehlenden Lehrerstunden für die Betreuung des Blockpraktikums in der Wahlpflichtfächergruppe III stellen einen unhaltbaren Zustand dar.

Bei ihren darauffolgenden Ausführungen in bezug auf die ersten Prüfungen nach der neuen Prüfungsverordnung erstaunte die anwesenden Kolleginnen vor allem die Aussage, dass auch die unterrichtenden Lehrkräfte nach der Verteilung der Aufgaben durch den Prüfungsausschuss als Ratgeber für ihre Schülerinnen zur Verfügung stehen können.

An Hand des Landtagsbeschlusses vom 15. Februar 2001 zur Änderung der Fachlehrerausbildung Handarbeit/Hauswirtschaft erläuterte Dorothea Helbig die Folgen und Chancen für die Fachakademien für Hauswirtschaft. Sie motivierte die anwesenden Lehrkräfte, ihre leistungsstarken Schülerinnen für den Beruf der Hauswirtschaftlichen Betriebsleiterin zu begeistern. Die Fachakademien in Bayern brauchen Schülerinnen mit einer fundierten Erstausbildung um sie marktgerecht auf ihren vielseitigen Einsatz im mittleren Management vorzubereiten. Eine wünschenswerte, darauf aufbauende Weiterqualifikationsmöglichkeit erläuterte sie anhand des Modells der Fachlehrerausbildung an beruflichen Schulen, das vom VLB favorisiert wird (siehe Akzente Heft 04-05/01).

Einen starken Praxisbezug und konkrete Vorschläge für den tägliche Unterricht lieferten die PowerPoint-Präsentation zum Kräuterprojekt von

Andrea Heinzl und die Ausführungen über Lernzirkel von Claudia Pricha. Nach der theoretischen Einführung bot Claudia Pricha an, drei ausgearbeitete Lernzirkel praktisch nachzuvollziehen. Eine PowerPoint-Präsentation zur Berufsausbildung in der Hauswirtschaft (erstellt vom BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen in Würzburg) und eine zur Lebensmittelhygiene-Verordnung (Helbig) rundeten das Programm ab. Die überaus positive Resonanz aller Anwesenden und der Wunsch weitere derartige Fachtagungen anzubieten, ist für die Fachgruppe Herausforderung und Verpflichtung zu gleich.

*Dorothea Helbig
Andrea Heinzl*

FG Förderberufsschulen

Fachgruppe unter neuer Leitung

Bei der 25. Fachgruppensitzung gab Gundolf Merkel, Schulleiter der Don-Bosco-Berufsschule in Würzburg, die Leitung des Arbeitskreises ab. Er wird Ende dieses Schuljahres in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Ingrid Heckner, seine Kolleginnen und Kollegen in der Fachgruppe und alle VLB-Mitglieder an den Förderberufsschulen bedanken sich für seinen unermüdlichen Einsatz für die uns anvertrauten Jugendlichen. Viele Probleme konnten gelöst werden. Eine große Anzahl von Aufgaben stehen jedoch noch an – eine Herausforderung für die Fachgruppe mit ihrem neu gewählten Leiter, Norbert Keil

von der Förderberufsschule des Bezirkes Mittelfranken. Norbert Keil ist bereits seit mehreren Jahren Mitglied unserer Fachgruppe und hat dort sehr viel Einsatzbereitschaft gezeigt. Wir wünschen ihm einen guten Start in seinem neuen Aufgabenbereich und der Fachgruppe viel Erfolg bei der Lösung der anstehenden Probleme.

Josef Reger

FG Versorgungstechnik

Neuer Lehrplan in der Diskussion

Im November letzten Jahres traf sich die Fachgruppe Versorgungstechnik in Regensburg zu einer Fachgruppensitzung. Vormittags wurde im neu eingerichteten CAD-Saal der Beruflichen Schule I in Regensburg, den uns der Leiter der Schule, Elmar Schmatz freundlicher Weise zur Verfügung stellte, eine CAD-Zeichnung eines Verteilers erstellt.

Nach dem Mittagessen, das in geselliger Runde den Gedankenaustausch ermöglichte, ging es weiter mit dem Hauptthema des Tages „Erfahrungen mit dem Lehrplan der Technischen Zeichner Versorgungstechnik“. Peter Schmidt, der bei der Erstellung des bayerischen Lehrplans beteiligt war, hob hervor, dass Bayern den fertigungstechnisch ausgerichteten Rahmenlehrplan des Bundes mit versorgungstechnischen Inhalten füllen konnte. Einig war man sich allerdings, dass die drei beruflichen Fachrichtungen, die in diesen Klassen unterrichtet werden – Heizung-,

Sanitär- und Lüftungstechnik –, auf mehrere Kollegen verteilt sein sollten. Jeder Lehrer sollte die Möglichkeit haben auf seinem Gebiet zum Fachmann zu werden. Manfred Kerl schlug angesichts der Stofffülle vor, bereits das erste Berufsschuljahr mit fachlichem Inhalt zu füllen. Birgit Haberl, die Technisches Englisch unterrichtet und als Gast eingeladen war, bestätigte das Interesse der Schüler am Berufsschulfach Englisch und zog eine positive Bilanz. Insgesamt stellte die Fachgruppe fest, dass der Unterricht bei den Technischen Zeichnern gerade durch die drei Berufe, die in einer Klasse unterrichtet werden müssen und durch den vertieften Unterricht in CAD zwar einerseits das Unterrichten interessant ist und die Lehrer fordert, dass andererseits aber eine gute Infrastruktur an der jeweiligen Schule vorhanden sein muss, um Lehrer fachgerecht einsetzen zu können. Ebenso ist vor allem im Bereich CAD eine hochwertige Ausstattung nötig.

Ein weiterer Tagungspunkt war die Vorbereitung der Veranstaltung für die Tagung des Fachverbandes SHK, die dieses Mal in Bamberg stattfindet.

Herr Lexis von der Firma Gebhardt wird zum Thema „Grundlagen der Akustik“ referieren. Herr Lambrecht von der Firma Multisol Solartechnik stellt ein Berechnungsprogramm vor, das er auch Schulen anbietet. Die Veranstaltung findet statt:

Termin: 22. Juni 2001
Zeit: 9:00 Uhr - 13:00 Uhr
Ort: Hotel Residenzschloß,
96049 Bamberg,
Untere Sandstraße 32

Wir laden Sie herzlich ein und würden uns über Ihre Teilnahme freuen.
Rudolf Krumphanzl



*Ingrid Heckner und
der scheidende
Fachgruppenleiter
Gundolf Merkel*

Senioren

Versorgungsrücklage

BERTHOLD SCHULTER

Die Situation

Grundsätzlich noch umstritten und schon wird an Erhöhung gedacht! § 14 a Bundesbesoldungsgesetz hat die 'Versorgungsrücklage' und den 'Versorgungsabschlag' gebracht. Er beträgt seit 01.01.1999 für 15 Jahre, also bis 31.12.2013 jährlich 0,2 v. H. Er soll in dieser Zeit rund 80 Milliarden erbringen.

Dagegen hat

- der Bund der Ruhestandsbeamten (BRH) Klagen erhoben
- auch der Vorstand des Bayerischen Beamtenbundes einen Musterprozess in Gang gesetzt.

Hauptargument: Die Regelung ist verfassungswidrig, weil sie de facto darauf hinausläuft, dass den Beamten und Versorgungsempfängern ein eigener Beitrag zu ihrer Versorgung abverlangt wird – entgegen dem hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums, dass die Versorgung ausschließlich vom Dienstherrn zu gewähren ist.

Inzwischen liegen drei Entscheidungen von Verwaltungsgerichten vor. Sie haben die Klagen abgewiesen. Kern der Begründung: Auf der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts fußend, wird die Alimentationsverpflichtung des Dienstherrn gegenüber dem Beamten und seiner Familie ausdrücklich bejaht. Gestaltungsfreiheit des Dienstherrn lasse ein Abgehen von der direkten Abhängigkeit der Alimentation von den (Vor-)Leistungen des Beamten zu. Es komme darauf an, ob die geminderten Bezüge sich noch im Rahmen der Alimentationspflicht befinden. Das wird bejaht. Besoldung und Versorgung – angepasst der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben ver-

bundenen Verantwortung – unter-schritten mit der Neuregelung die untere Grenze der Alimentationsverpflichtung nicht.

Wie geht es weiter?

Der BRH wird den eingeschlagenen Rechtsweg trotzdem weiter verfolgen: Antrag auf Überprüfung vor dem nächst höheren Gericht, bei Ablehnung Gang vor das Bundesverfassungsgericht. Ob der BBB den von ihm geförderten Musterprozess über die erste Instanz weiterführen wird, ist (März 01) noch nicht entschieden. Der Deutsche Beamtenbund führt ausdrücklich keinen Musterprozess. Der BRH stützt sich in seiner detaillierten Argumentation auf ein Gutachten von Prof. Dr. Dr. D. Mertens. Mertens führt u.a. noch an:

- Bei den Ruhestandsbeamten werde zusätzlich noch gegen den allgemeinen Grundsatz Art. 3 GG verstoßen: In der unterschiedlichen Besteuerung von Beamtenpensionen und Renten sei ohne sachlichen Grund eine Ungleichbehandlung zu sehen, die sich durch die Versorgungsrücklage noch verschlimmere.
- Die Auferlegung von Versorgungsbeiträgen nach Eintritt des Versicherungsfalles sei sowohl dem Privatrecht als auch dem Sozialversicherungsrecht fremd.
- Die Versorgungsempfänger würden über die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Ökosteuer Versicherungsleistungen finanzieren, die ihnen selbst nicht zugute kämen.

Aussichten

'Unsere' (BRH, BBB) Argumentation hat es sehr, sehr schwer

- einerseits baut sie darauf, dass – vom Alimentationsgrundsatz der Verfassung abgeleitet – dem Beamten und Versorgungsempfänger kein eigener Beitrag auferlegt werden darf;
- andererseits argumentierten 'wir' in der Vergangenheit damit, dass wir – allerdings ebenfalls zu Unrecht – schon seither einen 'Beitrag' zu unserer Versorgung leisten: 1957 wurde die Besoldung in allen Besoldungsgruppen um den

'fiktiven Versorgungsbeitrag' gekürzt und seitdem um diesen Prozentsatz vermindert ausbezahlt.

Lösung

Die vom Rentenrecht mit konkreten Beiträgen geprägte Öffentlichkeit war in der Vergangenheit nicht vom 'fiktiven Beitrag' der Beamten zu ihrer Versorgung zu überzeugen; das würde auch in der Zukunft nicht gelingen. Insofern ist ein %-mäßig genannter 'Versorgungsabschlag' ein Schritt in die richtige Richtung.

Was ihn zur Zeit ärgerlich, ungerrecht, nicht hinnehmbar macht, ist das Umfeld, die zeitgleiche Verbindung mit einer ganzen Reihe anderer Sparmaßnahmen im Beamtenbereich!

Gefährliche Pläne

Aus maßgeblichen Kreisen der Regierungsparteien verlautet die feste Absicht, die Eckpunkte der Rentenreform auf die Beamtenversorgung zu übertragen.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, nannte in der Neuen Osnabrücker Zeitung als ein denkbare Modell die Anhebung der Versorgungsrücklage!

Die Richtung ist klar: weitere Verschlechterung. Vergessen scheint, dass der Gesetzgeber im Rahmen des 1999 in Kraft getretenen Versorgungsreformgesetzes bereits nachhaltige Maßnahmen zur Anpassung der Beamtenversorgung an die künftige Entwicklung getroffen hat. Erinnerung sei hier an die Anhebung der Altersgrenzen, Verlängerung der Wartezeit bei einer Versorgung aus dem letzten Amt, Verschärfung der Hinzuverdienstregelungen, Veränderung bei den Zulagen, Absenkung der Anwärterbezüge. Im Unterschied zu den Neuregelungen des Rentenreformgesetzes 1999 wurden diese Maßnahmen nach dem Regierungswechsel nicht zurückgenommen. Die Beamtenversorgung hat nicht schon wieder Reformbedarf.

Quellen

- u. a. "Aktiv in den Ruhestand", Zeitschrift des BRH, versch. Nummern BBB-Nachrichten, Nr. 2/2001

Personalien

Wir gratulieren im Juli zum ...

... 85. Geburtstag

Karrasch, Rudolf, 17.07.
87642 Halblech, BV München

... 80. Geburtstag

Hannemann, Kurt, 09.07.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest

... 75. Geburtstag

Heinz, Hans Georg, 06.07.
95447 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz

Gulden, Erika, 15.07.
95030 Hof, KV Ofr.-Nordost

Schubert, Ottmar, 18.07.
91717 Wassertrüdingen, KV Mfr.-Süd

Denzler, Heinrich, 21.07.
96138 Burgebrach, KV Bamberg-Forchheim

... 70. Geburtstag

Castner, Rochus, 10.07.
90419 Nürnberg, KV Nürnberg

Helfrich, Margot, 14.07.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön

Christ, Josef, 21.07.
92237 Sulzbach-Rosenberg,
KV Amberg-Sulzbach

Naujoks, Hartmut, 23.07.
97525 Schwebheim, KV Main-Rhön

Stark, Georg, 23.07.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

Zenker, Johann, 23.07.
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest

... 65. Geburtstag

Helfrich, Helmut, 07.07.
63743 Aschaffenburg, KV Untermain

Schülke, Joachim, 21.07.
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest

Otto, Eberhard, 24.07.
89407 Dillingen, KV Nordschwaben

Lerch, Wolfgang, 25.07.
82194 Gröbenzell, KV Obb.-Nordwest

Sax, Josef, 26.07.
82194 Gröbenzell, BV München

Puchtler, Elisabeth, 29.07.
83026 Rosenheim, KV Rosenheim-Miesbach

Erk, Winfried, 31.07.
97222 Rimpfing, KV Würzburg

... 60. Geburtstag

Günther, Joachim, 01.07.
95189 Köditz, KV Ofr.-Nordost

Schmiz, Gerhard, 01.07.
86659 Oberhausen/Neuburg,
KV Obb.-Nordwest

Böck, Lieselotte, 02.07.

87640 Biessenhofen, KV Allgäu

Meßbacher, Elisabeth, 02.07.

86551 Aichach, KV Nordschwaben

Müller, Elisabeth, 04.07.

97464 Niederwerrn, KV Main-Rhön

Heimsorig, Gerhard, 06.07.

91737 Ombau, KV Mfr.-Nord

Hupfaut, Gertrud, 18.07.

94522 Wallersdorf, KV Donau-Wald

Klimek, Ulrike, 20.07.

93073 Neutraubling, KV Regensburg

Bogner, Ingeborg, 22.07.

82152 Kralling, BV München

Taschner, Ulf, 24.07.

83059 Kolbermoor, KV Rosenheim-Miesbach

Buchberger, Karlheinz, 25.07.

82256 Fürstenfeldbruck, BV München

Schacherbauer, Margarete, 26.07.

84347 Pfarrkirchen, KV Ndb.-Ost

Oelkrug, Peter, 27.07.

86607 Buchlos, KV Obb.-Süd

Zimmermann, Peter, 29.07.

87700 Memmingen, KV Allgäu

Goblirsch, Gerald, 29.07.

83125 Eggstätt, BV München

Ehrlinger, Hans-Georg, 31.07.

82031 Grünwald, BV München

Hoinkis, Gerhard, 31.07.

86179 Augsburg, KV Augsburg

Leser schreiben

Zum Thema Fachlehrausbildung erreichte uns nachfolgende Stellungnahme von Reinhard Küffner

Fachlehrer/in – Pädagogische Ausbildung nicht nötig?

Niemand bestreitet ernsthaft die Vorteile der dualen Ausbildung in Deutschland und innerhalb der Bundesrepublik ist besonders auch Bayern zu Recht stolz auf die Leistungen in der beruflichen Ausbildung. Ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Bundessiegern bei den jährlichen Wettbewerben und die große Zahl von selbständigen Handwerksmeistern in Bayern sind nur zwei von mehreren Indizien, die dies auch belegen. Wenn man dem bis hier Geschriebenen zustimmt, kommt man nicht umhin, auch den in Bayern tätigen Fachlehrerinnen und Fachlehrern einen gewissen Anteil

„Tag der Partner in der dualen Ausbildung“

anlässlich der Fachmesse „Eltec“ am Donnerstag, 21. Juni 2001

Im Rahmen der Eltec – einer mehrtägigen Fachmesse des bayerischen Elektrohandwerks vom 20. bis 22. Juni 2001 in Nürnberg – ist auch ein „Tag der Partner in der dualen Ausbildung“ vorgesehen. Dabei geht es ganz gezielt um ein hochkarätiges Fortbildungsangebot für Berufsschullehrkräfte und Ausbilder aus der Elektrotechnik.

Programm

- 10.00 Uhr: Der Fachbereich Informationselektronik – Expertengespräch zur neuen Ausbildungsordnung, zur Abschlussprüfung und zur überbetrieblichen Ausbildung.
- 11.30 Uhr: Die Ausbildung zum Gebäudetechniker – Herausforderung für Betriebe und Schule.
- 14.00 Uhr: „Marketing – Technik vermarkten und verkaufen“.

Die Veranstaltungen (Dauer ca. 90 Minuten) für die Lehrkräfte an beruflichen Schulen und die Ausbilder werden in Kooperation des Elektrohandwerks und des VLB durchgeführt. Die Teilnahme wird für die Lehrkräfte, aber auch für die einschlägigen Fachklassen der Beruf-, Berufsfach- und Fachoberschule empfohlen und als Fortbildung anerkannt.

an der erfolgreichen Ausbildung zuzusprechen; leisten sie doch z. B. in den Fachklassen bis zu 50 Prozent des fachlichen Berufsschulunterrichts.

Trotzdem ist es offensichtlich ein Fakt, dass die Fachlehrer/innen nicht ausreichend in die sich rasch verändernde Welt der beruflichen Ausbildung und in deren Folge der pädagogischen Ausbildung als Berufsschullehrer/innen mit einbezogen werden. Wie kann es sonst sein, dass die Berufsschulen, wie in den Zeiten des Wirtschaftswunders, wieder zunehmend mit nebenberuflich tätigen Handwerksmeistern und -meisterinnen den Unterricht in Praktischer Fachkunde abdecken, dass die Zulassung zum Auswahlverfahren am Staatsinstitut in Ansbach zu einem Großteil auch von einem Empfehlungsschreiben einer Berufsschule mit dem Inhalt – „der Bewerber wird mit vollem Stundenmaß benötigt“ – eine wesentliche Voraussetzung ist, und dass einige Schulleitungen, gerade in Berufen mit geringeren Lehrlingszahlen, ausschließlich nebenberufliche Meister in der Praktischen Fachkunde einsetzen?

Diese Praxis kann man aus mehreren Gründen keinesfalls gutheißen, denn:

1. In der Ausbildung der Lehrer/innen im Höheren Dienst werden große Anstrengungen unternommen, die künftigen Lehrkräfte auf die schwierigeren pädagogischen, fachlichen und methodischen Aufgaben vorzubereiten, bei den Fachlehrer/innen glaubt man dagegen aus allzu bequemen Gründen auf die pädagogische Ausbildung in Teilbereichen verzichten zu können.
2. Das Studium für das Höhere Lehramt an Berufsschulen können alle, die die schulischen Voraussetzungen erfüllen, ergreifen; die Bewerber für das Amt einer Fachlehrerin/eines Fachlehrers werden häufig von den Schulen unter Mitwirkung der Innungen „ausgesucht“. Dies ist grundsätzlich nicht falsch, aber wer kann denn ausschließen, dass nicht wesentlich besser geeignete Meister/innen „unentdeckt“ bleiben, auf Grund des derzeit praktizierten Auswahlverfahrens jedoch keine Chance haben.
3. Gerade neuere Formen, wie z. B. Unterrichtung in Lernfeldern, können nur in enger Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften im praktischen Unterricht und den Lehrkräften in den

theoretischen Fächern erfolgreich durchgeführt werden. Wie soll das gehen, wenn die pädagogischen Voraussetzungen zwischen den beteiligten Lehrkräften so grundverschieden sind?

Will man also das bisherige System mit zwei verschiedenen Laufbahnen an Bayerns Berufsschulen beibehalten (falls nicht, sollte man es fairer Weise sagen), dann muss man der pädagogischen Ausbildung der Fachlehrer/innen höchste Priorität zugestehen. Anderenfalls steht zu befürchten, dass ein gut Teil der in den vergangenen Jahren aufgebauten Kompetenzen, übrigens in den meisten Fällen durch gute Zusammenarbeit zwischen Gehobenem und Höherem Dienst, an den künftigen Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung nicht mehr in vollem Umfang vorhanden sind. Zu überlegen ist auch, ob man nicht durch eine geringfügige und zeitlich begrenzte Ausbildung über den aktuellen Bedarf hinaus den zu erwartenden großen Lehrermangel an Berufsschulen abfedern könnte.

Nachrichtliches

Positive Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Der Lehrstellenmarkt hat sich in den vergangenen sechs Monaten positiv entwickelt. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg stieg die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze von Oktober bis März im Vergleich zum Vorjahr um 17.100 auf 468.000. Gleichzeitig nahm die Zahl der Lehrstellenbewerber um 37.100 auf 550.700 ab. Präsident Bernhard Jagoda sagte, er rechne damit, dass in diesem Jahr rein rechnerisch ein Ausgleich zwischen Stellen und Bewerbern erreicht werden kann.

Bundebildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) sieht durch die jüngsten Zahlen die in den vergangenen Monaten bereits erkennbaren positiven Tendenzen am Ausbildungsstellenmarkt bestätigt.

dpa

Autorenverzeichnis:

Brouer, Birgit/Seifried, Jürgen/ Prof. Dr. Sembill, Detlef	Kapuzinerstr. 25, 96047 Bamberg, Tel.: (0951) 8 63 - 27 60
Eisele, Josef	Am Heidebruch 13a, 81375 München, Tel.: (089) 70 50 33
Leischner, Dietmar	Robert-Koch-Str. 10, 85521 Ottobrunn, Tel.: (089) 6 08 36 10
Liebel, Alexander	VLB-Referent für schul- und bildungspolitische Fragen, Itzehoher Str. 13, 90425 Nürnberg, Tel.: (0911) 34 73 33
Pohlmann, Heiko	VLB-Referent für Lehrerbildung, Kapellenstr. 82, 82239 Alling, Tel.: (0 81 41) 81 85 24
Riedl, Alfred/ Vögele, Michael	Lothstr. 17, 80335 München, Tel.: (089) 28 92 42 77
Schulter, Berthold	VLB-Seniorenbeauftragter, Weitlstr. 66/4084, 80935 München, Tel.: (089) 38 58 - 40 84
Schwarz, Kerstin/ Sollmann, Kathleen	VLB-Studentensprecher, Roggensteiner Str. 2, 82140 Olching, Tel.: (0 81 42) 48 76 95
Zeller, Bernhard/ Moldenhauer, Sybil	VLB-Referent für Wirtschaftsschulen, Widderstr. 17c, 86167 Augsburg, Tel.: (0821) 71 33 00

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4,
80335 München
B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG,
Entgelt bezahlt

Schulsplitter:

Pfingstwunder

Das Pfingstwunder, dessen gewaltiges Wirken bei uns immerhin zwei Tage lang dauert, stelle ich mir bei einem Pädagogen so vor:

Er war verzweifelt: Wie soll ich denn zu ihnen reden, damit sie mich verstehen? Da züngelte eine Flamme über seinem Haupte und der Geist sprach: Schlag nach bei Goethe! Es trägt Verstand und rechter Sinn mit wenig Kunst sich selber vor; und wenn's euch ernst ist, was zu sagen, ist's nötig, Worten nachzujagen?

Er aber hatte zu schnell geblättert, die Seite überschlagen und fand: Doch ein Begriff muss bei dem Worte sein. Und wieder begann er zu zweifeln. Da ging er hin zu den Phrasensäern. Die aber gaben ihm viele lustige und festliche Wörter mit auf den Weg: Innovationsfreudigkeit, Leistungsmotivation und handlungsorientiertes Frohschaffen waren darunter. Kompetenzstreben und evaluative Selbstkontrolle fanden sich ein und auch die reformschuborientierte mediengestützte Kommunikationsbereitschaft fehlte nicht. Und alles, was er gesammelt hatte, ließ er sogleich andernorts und dankbar wieder fallen. Leicht die Hälfte klang lateinisch, ein pädagogisches Hochamt ertönte. Und die Wörter durchmischten und mehrten sich, Teile von ihnen hängten sich an andere und erzeugten neue. Und ein polyphoner Gesang schwoll an. Vielen Auserwählten, die ihn hörten, wurde ganz feierlich zumute. Seine Schüler aber schiefen fest.

Da wurde er traurig. Aber die Flamme hüpfte hin und her und Goethe sprach: Bewunderung von Kindern und Affen, wenn euch darnach der Gaumen steht – doch werdet ihr nie Herz zu Herzen schaffen, wenn es euch nicht von Herzen geht. Und da begann er zu begreifen. Er ging hin zu seinen Schülern, grüßte, war freundlich und lachte. Und sie redeten mit ihm und fragten ihn und er hörte ihnen zu und suchte mit ihnen nach Antwort. Es war ein gutes Hören und Sagen, Reden und Fragen. Und immer hieß die letzte Frage: Ist's wahr?

Einmal wollte einer seiner Schüler schon vor der Zeit ein Zeugnis, weil er es dringend brauchte. Da wusste der Pädagoge nicht, was er machen sollte, fragte höheren Orts nach und erhielt die ministerielle Weisung:

Auf schriftlichen Antrag ist Bewerbern, die durch Vorlage einer Kopie des schriftlichen Antragsformulars belegen, dass sie beabsichtigen, einen nachweislich zulassungsbeschränkten Studiengang an einer außerbayerischen Fachhochschule aufzunehmen, rechtzeitig vor dem 15. Juli 2001 ein vorläufiges Zeugnis nach anliegendem Muster zur Vorlage bei der außerbayerischen Fachhochschule auszustellen.

Ist's wahr?, fragte er. Und die Flamme ergriff pfingstfröhlich das Papier und sprach: Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen, wenn es nicht aus der Seele dringt und mit urkräftigem Behagen die Herzen aller Hörer zwingt.

Josef Eisele